

Bibl. Mont.

4667

Duplone

4667

Bibl. Mont

279



Ueber den Ursprung

und das rechtliche

Verhältniß der Landstände

in

T e u t s c h l a n d.

Von

Karl Joseph Hartmann,

der Rechte Licentiaten.

Quid verum atque decens, curo et rogo, et omnis in
hoc sum.

Horatius.

N ü r n b e r g,

in der I. E. Seidelfchen Kunst- und Buchhandlung,

1 8 0 5.

Bayerische
Staatsbibliothek
München

V o r r e d e.

Mehr als ein Jahrzehend ist es, daß man die landständischen Verfassungen Deutschlands mit einem seltenen Enthusiasmus, bald durch philosophische und staatsrechtliche Untersuchungen, bald mit Witz und Laune angegriffen hat. Auch die Landstände fanden ihre Vertheidiger, die izt mit schwachen, ein andermal mit bedeutenden Waffen ihre Existenz aufrecht zu erhalten strebten. Aber es war der Kampf zweyer Partheyen, die — von entgegengesetztem Interesse geleitet — vielleicht beide ihre Foderungen überspannten ; — der Zustand einer Fermentation, die nach chemischen Gesetzen nothwendig den Grund in sich hat, daß zuletzt ein Drittes, von beiden verschiedenes Produkt, hervorkommt. — So auch in

dem vorliegenden Falle. Endlich wird und muß doch die Gränze zwischen den teutschen Landesherren und ihren Ständen gehörig abgesteckt werden. Auch ich will zur Berichtigung derselben mein Scherflein beytragen. Weil ich aber überzeugt bin, daß das rechtliche Verhältniß zwischen beiden Theilen, nach Grundsätzen des Territorialstaatsrechtes allein, unmöglich könne ganz befriedigend hergestellt werden: so will ich eine andere Ansicht versuchen, oder wenigstens darauf aufmerksam machen. — Unsere teutschen Territorien, als Theile des gesammten teutschen Staates, stehen mit der höchsten Reichsgewalt im Verbande; die Reichsgesetze müssen also die ersten Normen seyn, nach denen die Verfassung der teutschen Reichslande muß beurtheilt werden: Territorialgrundgesetze und Verträge füllen meistens nur die Lücken aus, die diese gelassen haben, oder bestimmen Privatverhältnisse. Ich werde mich daher bestreben, darzustellen, welche Rechte die teutsche Reichsverfassung den Landständen einräume,

und das Verhältniß zeichnen, in welchem die Landeshoheit der teutschen Fürsten mit ihren Ständen stehe.

Aber dieß ist nur *meine* Darstellung, ein Jugendversuch, das Opfer akademischer Sitte am Ziele der Laufbahn, das vom Ideale der Vollkommenheit freylich noch ziemlich entfernt ist! — Davon bin ich überzeugt. Jedoch der Mann von Kenntnissen und Erfahrung weiß, wie viele Zeit die Berufsarbeiten verschlingen, wie sehr sich vorzüglich am Ende der Universitätsjahre der Schwall von Geschäften häufet; ihm ist nicht unbekannt, daß dieser Art schriftstellerischen Versuches nur kärglich die Nebenstunden zugetheilt sind, und — wird Nachsicht haben. Tieferes Studium und reifere Ueberlegung werden vieles ändern: ich werde es auch frey bekennen, und dem Motto am Titelblatte, das mein ganzes Glaubensbekenntniß enthält, immer getreu bleiben. Indessen, habe ich für izt nur einige Punkte berührt, die der Aufmerksamkeit größerer Männer würdig sind, und ihr Nachfor-

schen erwecken, um das grosse Werk: *Verein der Fürsten und Stände zur allgemeinen Nationalbeglückung*, seinem Ziele näher zu rücken: so habe ich in einer so wichtigen Angelegenheit genug gethan, und die Absicht meines Unternehmens erreicht. Landshut den 26sten November 1803.

Plan der Abhandlung.

Unsere Staaten, wie die innern Verhältnisse derselben, sind Kinder der Vorzeit, und haben das Gepräge ihrer Denkungsart und Sitten noch an sich. Wollen wir daher das Wesen derselben untersuchen, so muß unser Urtheil gleich stark die Gegenwart, wie die Vergangenheit würdigen. Auch ist es der menschlichen Natur so angemessen, daß bey jeder Erscheinung in der Erfahrung sich uns die Frage aufdringt: Was ist der Grund ihrer Entstehung? — und, was der Zweck ihres Daseyns? — Ich glaube daher in meiner Entwicklung der Lehre von den teutschen Landständen keinen bessern Weg wählen zu können, als den die Behandlung des Gegenstandes fodert und die Natur der Sache vorzeichnet.

Ich will also, um meinen Zweck zu erreichen, die beiden Fragen zu beantworten suchen:

I. Was war der Grund der Entstehung bey den teutschen Landständen?

und

II. Was ist der Zweck ihres Daseyns? — In welchem Verhältnisse stehen sie zu dem Kaiser,

ihrem Landesherrn und zur Nation? — Und —
welche Rechte und Verbindlichkeiten haben
sie nach der teutschen Reichsverfassung? —

Diesen beiden Punkten zu Folge zerfällt die
ganze Abhandlung in zwey Abtheilungen, welche
die Untersuchung erschöpfen sollen.

Erste Abtheilung.

Historischer Theil.

A. Worinn liegt der *Entstehungsgrund* der *teutschen Landstände*?

§. 1.

a) *Teutschlands Verfassung unter Karl dem Grossen.*

Karl der Große herrschte über alle Länder von dem Ebro bis an die Weichsel und Theis, und von der Nord- und Ostsee bis an Süd-Italien. Dieser große Mann wollte die Idee realisiren, einen so übermüthigen, als trotzigem Adel, und die verschiedensten Völkermassen zu einer Staatseinheit zu verbinden und nach gleichen Grundsätzen zu regieren. Es gehörte wahrlich ein Königsgenie dazu, über diese ungleichartigsten Theile mit Glück zu herrschen.

Indessen gelang es ihm, wenigstens in einem sehr grossen Theile seines Reiches, durch die vollständige Ausbildung der Heerbannsverfassung. Seine Maasregeln waren vortreflich. Vor allen richtete er sein Augenmerk auf die Nation. Er bestätigte den Gemeinfreyen die schon durch Pipin ihnen wieder gegebene Selbstständigkeit, und festere Theilnahme an den Nationalversammlungen durch

Repräsentanten. In ihren Händen lag die höchste und gesetzgebende Gewalt. *)

Den Adel demüthigte er dadurch, daß er die großen Herzogthümer einzog, und durch mehrere kleinere Grafen regieren liefs. So sank die Macht und das Ansehen der alten Geschlechter. Jeder Gau, dem ein Graf vorstand, war wieder in Zenten getheilt, über welche dann die *Centenarien*, Zentgrafen oder Dorfrichter die Aufsicht hatten. Entstand ein Krieg, so bot der König die Gaugrafen, diese boten die Zentgrafen, und die Zentgrafen alle freyen Landeigenthümer auf. Alle sammelten sich unter die Fahne des Königs.

Im Frieden war eben so alles auf die Heerbannsverfassung berechnet. Wer die Nation ins Schlachtgetümmel führte, sprach ihr auch im Frieden Recht, doch nicht als Richter, sondern nur als Vorstand und Vollstrecker der Urtheile, welche die Aeltesten und Erfahrensten aus dem Volke auf der Mallstatt oder dem Mallberge im Angesichte und nach den Sitten und Gewohnheiten des Volkes gefaßt hatten. **) Jeder freye Mann oder Wehre wurde von seines Gleichen gerichtet. ***) Hatte er ein Verbrechen began-

*) Remers Lehrbuch der allgemeinen Geschichte. Halle 1800. 8. S. 298 u. f.

**) Milbillers Grundriß akademischer Vorlesungen über die Geschichte der teutschen Nation. München 1803. 8. S. 68.

***) Daher rührt noch unser heut zu Tage anomalisches Privilegium fori.

gen, so sammelte sich eine Anzahl Wehren, und richteten darüber. Das Urtheil, welches sie geschöpft hatten, sprach der Zentgraf aus. Größere Verbrechen urtheilte das Gaugericht ab. Diefs bestand aus mehreren Wehren des Gaues, welche das Urtheil suchten, und dem Grafen, der es bekannt machte. Von hier gieng die Appellation an den König, wenn er in der Provinz anwesend war. Sein Gericht war nach der nämlichen Form und eben den Grundsätzen gemodelt, wie das eines Dorfrichters.

Diefs sind die öffentlichen Verhältnisse der damaligen Zeit. — Selbstständigkeit, Freyheit und Unabhängigkeit charakterisirten die Nation. Der König war erster Befehlshaber im Kriege, und oberster Richter im Frieden.

Die Grafen waren königliche Beamte in den Provinzen, welche die Nation im Kriege unter den Befehlen des Königs anführten, und im Frieden unter seiner Aufsicht derselben Recht sprachen. Die Gesamtkraft lag in den Händen der Nation, die der König als Oberhaupt regierte. Er war nur der Vollstrecker des allgemeinen Willens, den die Nation in den öffentlichen Versammlungen geäußert hatte. *)

Eben so einfach war die Finanzverfassung dieser Zeit. Steuern, als ordentliche Staatsabgaben,

*) Caroli Calvi edict. pist. c. 6. — Capitul. Car. Calvi 3. an. 803. c. 19. — Hincmari epist. 3 de regno et palatio. — Formulae Marculphi monachi l. 1. form. 40. editae ab Hieron. Bignon. Paris 1613. 8. und 1665. 4.

waren unbekannt. Der König lebte von seinem großen ihm zugetheilten Eigenthume, von Geschenken, Zolleinkünften, Heerbanns - und andern Strafgebern. *) Die Grafen hatten Dienstgüter, **) den sogenannten Grafenschatz bey der jährlichen Harnischschau, welcher in einem Huhn, Ey u. d. gl. bestand, und einen bestimmten Antheil an den Strafgefallen. Der Wehre bewaffnete und verpflegte sich im Kriege selbst. ***) Andere Staatsabgaben kannte man damals noch nicht.

In dieser Periode suchen wir vergebens den Ursprung unserer heutigen Landstände, und noch weniger Landtage, wie sie in spätern Zeiten vorkommen. Der ganze Staat bestand nur aus dem Könige, seinen Beamten, und der gesammten Nation. Die Reichsversammlungen dieser Zeit sind Berathschlungen und Schlüsse über Staats - und kirchliche Angelegenheiten, oder über Kriege. Die Komitien der Grafen waren nur jährliche Musterungen, oder der Harnischschau der waffenfähigen Mannschaft im Namen des Königs. Hiebey besorgte der Graf auch die Landespolizey, die nöthigen Kriegsarbeiten und Befestigungen, Brücken - und Strassenbau u. s. w.

Ich finde es für überflüssig, hierüber mehr anzuführen, und untersuche die kommende Periode.

*) Remer a. a. O. S. 230.

**) Der Keim der nachmaligen Lehen.

***) Milbiller a. a. O. S. 64. 77. und Remer a. a. O. S. 228.

§. 2.

b) Deutschlands Verfassung unter Karls des Großen Nachfolgern.

Karl der Große regierte sein ungeheueres Aggregat von den ungleichartigsten Völkern nach einem weisen und vortreflichen Plane. Es würde die glücklichste Verbindung zu einer Einheit des Staates entstanden seyn, wenn seine Nachfolger dieselben Maasregeln befolget hätten; aber Karls Geist starb mit seiner Hülle, und pflanzte sich nicht auf seine Nachkömmlinge fort. Wenn die Geschichte ihrer gedenkt, so spricht sie von Schwachen, Frommen, Dicken, Einfältigen u. d. gl. und diese konnten natürlich die künstliche Staatsmaschine nicht in Ordnung erhalten. Ihre Schwäche und Unwürdigkeit zersplitterte alles. Ringsumher rissen sich Theile vom Ganzen los, und bildeten eigene Staaten, und was sich noch erhalten hatte, fiel späterhin in die Hände der Kronbeamten, Herzöge (denn unter Karls Nachkömmlingen lebten diese wieder auf), Grafen und Bischöfe, so dafs dieses anfangs mächtige Haus am Anfange des zehnten Jahrhunderts aller Kronen beraubt war.

Die königliche Macht sank von izt an immer tiefer. Diese Herabwürdigung beförderte der Umstand nicht wenig, dafs in sehr kurzer Zeit drey königliche Häuser ganz ausstarben, aus welchen die meisten Könige das Opfer hierarchischer Despotie, und der unbändigen Herrschsucht der teutschen Reichsstände wurden. War auch einer oder der andere König darunter, der sein Ansehen gegen die

Päpste geltend machte und die Großen des Reiches in ihren Fortschritten zur Unabhängigkeit hemmte: so war sein Daseyn zu kurz, oder seine Thatkraft für eine solche Riesenarbeit nicht stark genug, reizte daher die Päpste nur zu einem ernsthaften Widerstand, und machte die Stände des Reichs nur eiferfüchtiger auf ihre Vorrechte und behutsamer in Verfolgung ihres Planes. Es gab auch Könige, die das leidige System ergriffen, den größten Theil ihrer Güter an die Reichsstände zu verschwenden, um sie getreu zu erhalten; andere machten Verordnungen, um die Größe derselben zu befördern,*) oder waren schwach genug, Partheyen gegen Partheyen zu bilden, um durch ihre Trennung sich zu erhalten.

Unter Otto I. wurde auch das unter den Karlingern von Teutschland abgerissene Italien wieder mit demselben vereinigt. Eine unglückliche Erwerbung für die teutschen Könige, welche, wie ich dafür halte, die mächtigste Ursache des gänzlichen Verfalls der königlichen Gewalt in Teutschland war; denn die unselige Leidenschaft aller Könige von Otto I. bis auf Rudolph von Habsburg, ein Zeitraum von mehr als 300 Jahren, Italien zu behaupten, zog ihre Aufmerksamkeit ganz von Teutschland ab, und vergeudete ihre Kräfte in Italien. Von nun an beginnt der Kampf mit einem dreyfach gekrönten Feinde, der Teutschlands Nationalkraft zerstörte,

*) Conradi II. edictum de feudis in Mascov. comment. de Conr. I. — Conrad. III. Tom. I, annot. 25. pag. 71. Lips. 1741. 1753. 4.

die Verfassung umwarf, die fanatischen Kreuzzüge beförderte, und Beschränktheit des Geistes und Aberglauben in seinem Gefolge führte, während auf der andern Seite zugleich Wildheit der Sitten, und das sogenannte Faustrecht wütheten.

§. 3.

Lehensanarchie.

Die beständige Abwesenheit der Könige bot den teutschen Reichsständen die schönste Gelegenheit an, ungehindert das Gebäude ihrer Unabhängigkeit zu vollenden. Anfangs verwandelten sie alle Reichslehen in erbliches Eigenthum, und rissen alle Staatseinkünfte, Regierungsrechte, Gerechtsame, Natural- und andere Beyträge etc. an sich und schlugen sie zu ihrem Eigenthume. Eine völlige Raubsucht trat ein, und erstreckte sich auf die Rechte und Einkünfte der königlichen Macht, wie auf die Güter der Untergebenen und Schwächern. Der Herzog oder Graf war nun nicht mehr bloß Befehlshaber und Urtheilssprecher, er war Herr des Landes oder Bezirkes, den er inne hatte. Nicht weniger auch der Bischof. — So haufete man ungestraft fort; denn die königliche Gewalt war schon in Ohnmacht, und die Justiz kraftlos und ohne Wirkung. Nur der Herrenstand vermochte alles, und ließ den Königen nichts, als den gehaltlosen Titel und die Krone, und diese zur Schmach ihrer ehemaligen Größe. Der von den Päpsten und den teutschen Reichsständen angelegte Plan, das königliche Ansehen in Teutschland ganz herab zu würdigen, war mit ultramontanistischer Politik angelegt, und mit systematischer Be-

harrlichkeit durchgesetzt. *) Heinrich III. wagte es, der Letzte, mit den Päpsten und seinen Reichsständen kraft seiner kaiserlichen Machtvollkommenheit ungestraft zu verfahren. Heinrich IV. unterlag im Kampfe mit ihnen. Er diene uns zum Beweise der unglaublichen Schwäche der königlichen Macht und der Despotie des Papstes und der teutschen Reichsstände. — Es ist eine empörende Herabwürdigung, Deutschlands Kaiser Heinrich IV. nach Italien wandern, und zu Canossa zwischen den Ringmauern der Burg mit entblöstem Haupte und nackten Füßen in einem Bußsacke zur strengsten Winterszeit stehen zu sehen, wie er nach vier Tagen erst die Losprechung vom Kirchenbann erbettelte, **) indessen der Papst Gregor VII. vom Schlosse despotisch auf ihn herab sah! — Es wird genug seyn, um dargethan zu haben, daß das königliche Ansehen unwiederbringlich dahin war; oder wozu soll ich noch den Widerstand Friedrich II. gegen die Herrschaft der Päpste erzählen? — Er hatte keine Folgen, als die unverföhnlichste Rache gegen sein Haus, die nur dann zu wüthen aufhörte, nachdem der letzte Hohenstauffer, Konradin der Zweyte, auf dem Schaffot geblutet hatte.

Ich eile gerne hinweg von diesen Denkmälern teutscher Schande und Knechtschaft.

Teutsch-

*) Tiedemann in seinem Geiste der spekulativen Philosophie, Th. 4. S. 95.

**) Gregorii VII. epistolae L. 4. Ep. 12. apud Labbeum in collect. conc. tom. 10. und Lamberti Schaffnaburg, chron. hist. ad an. 1077.

Teutschlands Verfassung lag in Trümmern, von denen jeder nahm, was ihm zu nehmen gelang und beliebte. Die Regierungsrechte wurden verkauft, verschenkt, erschlichen, usurpirt, oder zu Lehen gegeben. Die Staatseinkünfte, Zehend, Vogteygilten, May - oder Herbststeuern, die Grafenlieferungen u. s. w. kamen in andere Hände, wurden getrennt, einzeln gefodert und gegeben. Daher die unnatürliche Zerstückelung der Hoheitsrechte und Staatsgefälle, welche dieses Zeitalter charakterisirt. Mancher hatte Regierungsrechte, wovon ein Anderer die Einkünfte zog. Auf dem nämlichen Boden übte der Eine die freischliche, der Andere die bürgerliche Gerichtsbarkeit aus. Nicht selten zog Iemand das Vogtgeld und den Grafenschatz, ohne Schutz oder Rechte zu ertheilen. Den Zehend sammelte der ein, welcher nicht lehrte und nicht arm war. *) Es gab kein teutsches Land, in welchem nicht Hoheits- und Privatrechte, Rechte auf Güter, Waldungen, Zehnden, Gilten, Lehen, Gerichtsbarkeit, Zent, lagd, Einforstungen u. d. gl. in der buntesten Unordnung in einander vermischet lagen. „So war alles, sagt der unbekannte Verfasser einer bekannten Abhandlung, **) in einer wunderbaren Unordnung und Anarchie zer-

*) Ich glaube nicht, erinnern zu müssen, daß der Zehend eine öffentliche Staatsabgabe, ein Fond für den Nationalunterricht und für die Unterstützung der Armen war; daß es nicht mehr so ist, davon spreche ich; daß es aber anders werde, hoffe ich.

**) Die Landstände von Baiern, was waren sie? was sind sie? was sollen sie seyn? 1800. 8. S. 78.

streut und zerstückelt; alles stand bunt und verwirrt durcheinander, wie in einem Walde, wo Gestrippe, Stauden, Gebüsche, kleine und große Stämme nach allerley Maasstab und Inhalt durcheinander stehen, und gegenseitig ihr Wachsthum verhindern; das Ganze war in eine Menge kleinerer und größerer Herren, höherer und niederer Rechte zerfallen, und bey den unbestimmten neuen Verhältnissen in ewigem Kampfe miteinander begriffen.“ Hieraus folgen für das Staatsrecht des Mittelalters die wichtigen Grundsätze, die man bey Landes- Hoheits- und Grenzstreitigkeiten so selten berücksichtigt:

- 1) Von dem Besitze eines Hoheitsrechtes gilt kein Schluss auf andere Hoheitsrechte.
- 2) Von einem Zweige der Regierungsrechte läßt sich nicht auf die mit ihm verwandten schliessen.
- 3) Von der Einnahme einer Staatsabgabe auf das damit verbundene Regierungsrecht, und
- 4) von einem Regierungsrechte auf die damit verbundene Staatsabgabe folgern, ist beides Irrthum.
- 5) So lang ist ein Recht als einzeln und nach der strengsten Auslegung zu beurtheilen, bis die Verbindung mit andern, und seine volle Ausübung erwiesen ist.

Diefs sind die Umriffe zum Gemählde Teutschlands im Mittelalter. Es genügt mir zu meinem Zwecke, sie im Allgemeinen gezeichnet zu haben; sie sollen die damalige Lage der Dinge schildern, aus deren Schutte die neuere Verfassung, obwohl mit vie-

len unnützen und schädlichen Zierathen emporstieg. Ihre Kenntniß wird vorausgesetzt, um die neuen Erscheinungen, als die Resultate und Folgen, welche aus diesem anarchischen Zustande für Teutschland hervorgiengen, verstehen und beurtheilen zu können.

§. 4.

Wahlfreyheit der teutschen Reichsstände.

Teutschland war allmählig von einem Erbreich in ein Wahlreich übergegangen. Ein äufferst glücklicher Umstand zur Vergrößerung der Macht teutscher Reichsstände. Die mächtigern oder wenigstens die angesehensten Großen eigneten sich das Recht allein zu, den Kaiser zu wählen, und man bemerkt schon bey der Wahl Otto des Ersten die Keime, aus welchen in der Folge die ausgezeichneten Rechte der Kur- oder Wahlfürsten hervorgiengen. *) Lothar II. wurde von zehn Fürsten, denen man die Wahl durch eine Art von *Kompromiß* aufgetragen hatte, erwählt, **) und bey der Wahl Friedrich des Ersten

*) Witichindus de Henrico Auc. et de Ottone I. l. II. sub init. — Divina deinde laude dicta — descendebat rex ad palatium, et accedens ad mensam marmoream, regio apparatu ornatam, resedit cum pontificibus et omni populo. Duces vero ministrabant. Lothariorum dux Gisibertus, ad cuius potestatem locus ille pertinebat, omnia procurabat; Everhardus mensae praeerat; Herimanus Franco pincernis, Arnulphus equestri ordini, et eligendis locandisque castris praeerat.

**) Narratio de electione Lotharii bey *Olen Schlager* im Urkundenbuche zur Erläuterung der goldnen Bulle. Nro. 8. S. 19.

war die Wahlfreyheit schon als ein gewisses Vorrecht der mächtigsten Reichsstände erkannt. Sie schlugen den König vor, und die minder mächtigen Stände hatten nur das Recht der Zustimmung. *) Wenn man einer Sage trauen darf, so gab es bey der Wahl Friedrich des Ersten schon sechs oder acht Reichsbeamte, welche den König wählten, und die man daher Kurfürste nannte. **) Nach dem Tode

*) Otto Frising. de gestis Frid. I. imp. l. II. c. 1. p. 447.

**) Amandus de primis actis a Frid. I. in imperio peractis apud Gewoldum de septemviratu. c. 6. p. 689. — „In urbe Francofurtensi plurimo numero principes convenientes, dixerant per suos internuncios ad sex aut octo principes officiatos regni, residentes in arcano loco curiae regalis: Nos et tota patria testatur, nullum aptiorem esse regno regendo, quam Fridericum. — In hunc si vestris vocibus et officiati consentitis, firmum robur habebit imperii sui. Quum ex secreto conclavi prodierent officiiati, indicantes ipsos unanimiter Fridericum in regem servatis de iure servandis elegisse; cunctis omnium ordinum adplausus est consecutus.“ Leibnitz hält zwar diese Schrift für unterschoben; allein man vergleiche *Senkenbergs Gedanken vom Gebrauche des uralten teutschen bürgerlichen und Staatsrechts*. Frankfurt 1759. S. 113, und die Stelle aus der ob schon nicht allgemein als ächt anerkannten Urkunde K. Fried. I. von 1156. „Si quibusvis curiis publicis imperii dux Austriae praesens fuerit, unus de Palatinis archiducibus est censendus, et nihilo minus in confessu et incessu, ad latus dextrum imperii, post electores principes obtineat primum locum.“ Ferner bedenke man, daß beym feyerlichen Hoflager zu Mainz 1184 Böhmen als Erzschenk, Pfalz als Erztruchsess, Sachsen als Erzmarschall, und Brandenburg als Erzkämmerer vorkommen: so wird man geneigt, an die schon damalige Existenz der Wahlfürsten zu glauben.

Wilhelms von Holland wurde die Kaiserwahl von sieben Kurfürsten vorgenommen. *) Sogar die Wahlstadt, Frankfurt, war bestimmt, und nicht minder der Krönungsort Aachen. Der berühmte Kurverein zu Reese 1338 unter Kaiser Ludwig dem Baier gieng dahin, das Wahlrecht der Kurfürsten frey und unabhängig von allem fremden Einflusse zu machen, so dafs ein nach der Stimmenmehrheit von den Kurfürsten erwählter Kaiser oder König schon durch die Wahl als solcher zu erkennen sey. **) Endlich wurde im Jahre 1356 das Wahlrecht der Kurfürsten durch ein Reichsgrundgesetz, die goldne Bulle, festgesetzt und für immer gesichert. Es bestimmt die Art und Weise der Kaiserwahl, die Zahl der Vorrechte der Kurfürsten, führte die Primogenitur und Untheilbarkeit in den Kurthümern ein, und bestimmte für Pfalz und Sachsen das Reichsvikariat bey Erledigung des Kaiserthrones. ***) So war also

*) Epistola Urbani IV. ad Richardum regem bey *Olen Schlager* a. a. O. Nro. 17. „Principes vocem in huiusmodi electione habentes, qui sunt septem numero“ etc. — Nach Karl Theodor Gemeiner (*Auflösung der bisherigen Zweifel über den Ursprung der kurfürstlichen Würde, in seinen Berichtigungen im teutschen Staatsrecht und der Reichsgeschichte, Bayreuth 1793. 8. S. 106*) ist Rudolph von Habsburg der Erste, der von denjenigen Fürsten allein gewählt wurde, die kraft ihrer besondern Aemter schon früher zur Krönung und Inthronisation des neugewählten Kaisers berufen waren.

**) *Olen Schlagers* Staatsgeschichte, Urkunde Nro. 67.

***) Dessen neue Erläuterung der goldenen Bulle am Anfange.

das Wahlrecht der Kurfürsten durch ein Gesetz begründet und constitutionell.

§. 5.

Ursprung und Ausbildung der Landeshoheit.

Ich muß offenherzig bekennen, daß ich für die Entstehung der Landeshoheit keine zuverlässige Epoche anzugeben im Stande bin, und zweifle auch mit Poße*) an der Möglichkeit einer solchen Angabe; denn der Uebergang von den ehemaligen königlichen Aemtern im 9ten und 10ten Jahrhundert zur wirklichen Landeshoheit im 13ten und den folgenden Jahrhunderten enthält so mancherley Abstufungen, von Usurpationen, Verleihungen, Eroberungen, Schankungen, Befehdungen und gütlichen Uebereinkünften, daß man die Tendenz des ganzen Strebens erst dann bemerkt, wenn der Zweck schon erreicht ist. Wer wird aber diese Zeitpunkte, das Resultat von vielen vorhergehenden Umständen, als den Ursprung ansehen wollen? Zwar kommt das Wort Landeshoheit selbst in der teutschen Diplomatie bis in's 15te Jahrhundert nicht vor, aber deswegen wird kein Kenner der Geschichte läugnen, daß die Sache selbst schon bey weitem früher war. Indessen warne ich den Leser, daß er ja nicht, wenn ich gleich anfangs von der Landeshoheit spreche, diese in der Ausbildung wähne, wie sie in spätern Zeiten oder heut zu Tage erscheint. —

*) Ueber die Sonderung reichsständischer Staats- und Privatverlassenschaft. Göttingen 1790. 8. S. 11.

Aus der bisherigen Skizze der Geschichte der teutschen Nation erhellet zu Genüge, daß die Stände des Reichs ursprünglich königliche Beamte waren, und daß sie in dieser Eigenschaft noch lange, selbst unter Karls des Großen schwachen Nachkömmlingen erschienen; denn kein Zeitgeist erlöschet mit einem Male, er wirkt so lange, bis er sich endlich durch den zu mächtigen Einfluß fremder Stoffe in eine neue Ordnung auflöst. Dieß geschah auch bald. Die Könige ließen es gerne geschehen, um sich die mächtigern Häuser verbindlich zu machen, daß der Sohn des Herzogs oder Grafen in das Amt und die Güter seines Vaters folgte. Im 11ten Jahrhundert, während der Minderjährigkeit Heinrichs IV. befestigte sich das Erbrecht der Fürsten und Grafen so, daß, als Heinrich seine unbändigen Stände bezähmen wollte, er auf eine zu erniedrigende Art fühlen mußte, zu welcher Ohnmacht das königliche Ansehen herabgesunken und die Uebermacht der Stände auf den Ruinen derselben emporgestiegen sey!*) Krieg und Empörung, unterstützt von dem Despoten Hildebrand, wütheten allenthalben in ganz Teutschland. Der Investiturstreit fiel zum Nachtheil der Könige aus, und war die unschuldige Veranlassung, daß die alten Ambachte der Herzoge und Grafen in Lehen verwandelt wurden; denn in der Untersuchung der Rechte des Königs in Ansehung der Bisthümer fand sich der schwache Zusammen-

*) Strubens Nebenstunden, IV Th. S. 69. und Pütters Beiträge zum teutschen Staats- und Fürstenrecht. I Th. VI Abh. §. 13—18.

hang der Stände mit dem König auffallend, und man übertrug ihnen also ihre Bezirke als Lehen, vergeudete die königlichen Kammergüter an sie, um sich ihrer Anhänglichkeit zu versichern, und die Stände — vergaßen alles, und sorgten nur für ihre Größe. *) Von nun an waren die Herzöge und Grafen erbliche Beamte, denen außer dem Falle des Hochverraths ihr Amt nicht mehr entzogen werden konnte. Hiedurch gewannen sie an Reichthum, Ansehen und Unabhängigkeit von dem Kaiser. Aus der Erblichwerdung der Aemter floss jene der Güter ganz natürlich; denn die Grafen und Herzöge verbanden ihre allodialen Besitzungen mit den königlichen Krongütern, von denen sie die Früchte als Befoldung hatten, so, daß nach längerer Zeit, beym Mangel der schriftlichen Urkunden in diesem schreibefscheuen Zeitalter, und bey der überhandnehmenden Anarchie im Reiche, eine Trennung zwischen beiden unmöglich war. Auch konnte die Vererbung der Güter schon aus dem Grunde nicht wohl verweigert werden, weil sie als Befoldung der Aemter angesehen wurden, und mit der Vererbung der Aemter auch schon jene der Güter ausgesprochen war. **) So wurden die Reichsbeamten reiche

*) Schmidts Geschichte der Teutschen, 5. B. 10. K. S. 390. und Posse über das Einwilligungsrecht teutscher Unterthanen in Landesveräußerungen. Iena 1786. 8. S. 24.

**) Etwas über die Natur, die Veräußerung und Verschuldung der Kammergüter teutscher weltlicher Reichsstände. Helmstädt 1795. 8. S. 38. (von Chassot de Florencourt).

Güterbesitzer, welche die öffentlichen Staatsgeschäfte betrieben, und die meisten kaiserlichen Regierungsrechte in ihrem Bezirke ausübten. Es war der Zustand der Anarchie, wo jeder an sich zu reißen strebte, was ihm gelang und gelüstete, und mit Gewalt der Waffen das Eroberte zu behaupten suchte. In dieser Periode erfolgte die völlige Umwandlung der Reichslehen in erbliches Eigenthum, und die Bestätigung der schon lange usurpirten kaiserlichen Rechte und Befugnisse, in den zwey berühmten Urkunden des Kaisers Friedrich II. vom Jahre 1220 und 1232, welche den teutschen Reichsständen die Landeshoheit fast in ihrem ganzen Umfange zusicherten. *) Zwar hätte diess so leicht nicht geschehen können, wenn die Unterthanen nicht die aufkeimende Landeshoheit selbst befördert hätten; aber seit Ludwig dem Baier war der kaiserliche Hof nicht mehr ambulatorisch, sondern jeder Kaiser blieb in seinen Erblanden. Die Verwaltung der Justiz in den Provinzen gerieth daher in Stockung, und willkürliche Befehdungen, Raub und Gewaltthatigkeiten aller Art nahmen überhand. Der Unfug war so groß, daß man in manchem Lande kaum spürte, daß in Teutschland ein Kaiser sey. **) Diess war

*) Erstere ist zu finden in Gudemi codice diplomat. Tom. I. Nro. 177. und Letztere in Ludewigi reliq. Mscpt. Tom. VII. pag. 515. seq.

**) Strubens Nebenstunden IV. Th. XXIV und XXVI. Abh. — Nach rechtlichen Begriffen ist in dieser Epoche die Entstehung der Landeshoheit der teutschen Reichsstände zu suchen; denn kein Staat kann ohne

auch die Ursache, warum die Unterthanen es duldeten, wenn die Herzöge und Grafen sich die Landeshoheit über sie anmaßten, weil sie von diesen schnellere und kräftigere Hülfe sich versprechen konnten, als von einem schwachen und in den Provinzen, oder gar im Auslande entfernten Kaiser. Um aber den sogenannten landfässigen Adel mit dieser Veränderung auszuföhnen, machten die Fürsten ihn durch Ertheilung der Lehen von sich abhängig. Viele trugen auch ihr Erbe den Fürsten als Lehen auf, um sich den Schutz zu erkaufen, den sie vergebens von dem Kaiser erwarteten.

Die Städte entstanden im Mittelalter meistens aus herzoglichen Villen, und die Fürsten gebrauchten sie, den fehdelustigen Adel zu bezähmen; sie waren also ohnehin die vorzüglichste Stütze, auf denen sich die Landeshoheit emporhob. —

Aus Mangel einer guten Gesetzgebung und dem Wahne, das teutsche Reich sey eine Fortsetzung des ehemaligen römischen Reiches, fanden Iustinians Gesetzbücher schon im 15ten Jahrhunderte häufig in Teutschland Anwendung, und die Reichsstände beförderten um so mehr ihre günstige Aufnahme, weil vorzüglich sie ihre Rechnung dabey fanden und so ihr Streben nach Alleinherrschaft durch die Gesetze sanktionirt war. Durch den allgemeinen Landfrie-

Regierung gedacht werden. Als daher die Regierung des Kaisers in den Theilen des teutschen Staates oder den Territorien aufhörte, trat jene der Reichsstände (Landeshoheit) ipso iure an die Stelle der vorigen.

den von 1486, die Errichtung des Kammergerichts 1495, womit das römische Recht in Teutschland als gemeines Recht anerkannt wurde, gewann die Landeshoheit, die schon bis zu ihrer Reife gediehen war, noch größern Zuwachs. Das wilde Faustrecht und die gesetzlose Selbsthülfe wurden aufgehoben. Die Fürsten errichteten aus eigener landesherrlicher Vollmacht Gerichte, vor denen man im Wege Rechtens Genugthuung suchen mußte, und zwangen jeden in ihrem Bezirke, sie anzuerkennen. *) Endlich wurde die Landeshoheit der teutschen Fürsten, das Ziel ihrer Bemühungen Jahrhunderte hindurch, die seither bald kaiserlichen Verleihungen, bald dem Besitzstande, oder auch dem allgemeinen Reichsherkommen ihre Existenz zu verdanken hatte, in den geschriebenen Reichsgrundgesetzen, in der Wahlkapitulation **), und vollends in dem westphälischen Frieden ***) bestätigt, befestiget und in den neuesten Wahlkapitulationen vielfältig wiederholet. ****)

*) Darauf gründet sich in der Wahlkapitulation der Art. XV. §. 1 und 2.

**) In der ältern, und der ersten Art. VI und III. In der jüngsten Art. I. §. 2.

***) Instrum. pacis Osn. Art. VIII. §. 1. und Art. V. §. 30. in Religionsfachen.

****) Wahlkap. Art. I. §. 2, 4, 8, 9. Art. VII. §. 4. und Gerstlachers Handbuch der teutschen Reichsgesetze IV. Th. S. 414. u. f. —

Hierüber verdient gelesen zu werden:

Was ist teutsche Volksfreyheit, teutsche Reichsfreyheit und teutscher Fürstenbund? Eine teutschpatriotisch - staatsrechtliche Betrachtung von Ch. L. Pfeiffer 1786 bis S. 50.

§. 6.

Ursprung der Landstände.

Der Werth einer bestehenden Verfassung hängt nicht von ihrem Ursprunge und nicht von ihrer langen Dauer ab; ich würde also diese Untersuchung füglich unterlassen können. Da aber die lange Dauer einer Staatseinrichtung doch nicht selten auf ihre Tauglichkeit schliessen läßt, und vorzüglich, weil über die Entstehung der Landstände so viele Widersprüche vorhanden und die Meinungen der Schriftsteller über diesen Punkt so getheilt sind, so lohnt es der Mühe und wird dem Leser nicht unangenehm seyn, wenn ich die verschiedenen Hypothesen Anderer über den Ursprung der Landstände aufstelle, prüfe und zuletzt auch meine Meinung hierüber angebe.

§. 7.

a) In den alten Reichsdietinen, Komitien, Synoden etc.

Die ältern Bearbeiter des teutschen Staatsrechts wähten die Entstehung der Landstände in den alten Reichsdietinen, Komitien und Synoden etc. der Karolinger zu finden, auf denen die Reichsbeamten, Bischöfe und freyen Leute erschienen. Allein diese mußten nach den Grundsätzen der Heerbannsverfassung anwesend seyn, um mit der Nation zu unterhandeln, und verloren sich, oder errangen die Landeshoheit mit dem Untergange des Heerbanns, wie ich oben dargethan habe. Diesen haben also unsere heutigen Landstände ihre Existenz nicht zu verdanken.

§. 8.

b) In den Herzogenversammlungen.

Andere glaubten sicherer daran zu seyn, wenn sie den Ursprung der Landstände in den Herzogenversammlungen suchten, die fast bis in's 13te Jahrhundert reichten, und waren nicht glücklicher in ihrer Untersuchung. Denn die Grafen und Bischöfe dieser Zeit versammelten sich mit dem Herzoge wegen des Provinzialverbandes. Aber als die Herzöge immer mehr nach der Landeshoheit strebten, machten die Bischöfe und Grafen von ihrem vom Reiche erhaltenen nützlichen Eigenthume zum Nachtheil des Herzogs Gebrauch, entzogen sich seiner Gerichtsbarkeit, trugen ihre Ländereyen dem Reiche zu Lehen auf und wurden so reichsunmittelbar. *) Spät, erst im 16ten Jahrhundert erschienen sie wieder auf Kreis- und Reichstagen, um Ruhe und Sicherheit von Aussen und im Innern zu besorgen, das Reich mit Geld und Mannschaft zu un-

*) Posse über das Einwilligungsrecht etc. S. 25. und zum Beyspiel diene Folgendes aus Hunds bairischem Stammbuch, S. 14. „Ungeachtet die Grafen von Abensperg, Essing und Ror von den Fürsten von Baiern solche Freyheiten erlangt, denen sie sonst ohne Mittel unterworfen, haben sich doch ihre Nachkommen an das römische Reich gehängt und alle solliche ihre Herrschaften, Regalia und Freyheiten von den römischen Kaisern zu Lehen empfangen, sich damit entweder aus Unwissenheit, oder der Fürsten gütlichen Nachsehen, von ihrer fürstlichen Iurisdiction exemirt, wie vielleicht bey den frommen gütigen Fürsten von andern Landherren mehr möcht geschehen seyn.“

terstützen, Zoll und Münzwesen in Ordnung zu bringen und die reichsgerichtlichen Urtheile zu vollstrecken.*) Auch von diesen können unsere Landstände nicht herkommen.

§. 9.

c) In dem Schuldenwesen der Fürsten.

Eine dritte Klasse von Landständen sollte aus dem Schuldenwesen der Landesherren und der dadurch entstandenen Steuerverfassung hervorgegangen seyn. Ihre Entstehung fällt ins 15te Jahrhundert. An der Spitze derjenigen, welche dieser Behauptung huldigen, steht Herr Karl Heinrich Lang, königlich preussischer geheimer Archivar zu Bayreuth und Blassenburg,**) und mit ihm sind dieser Meinung, wie er §. 7 und 8. sagt, Kluit,***) Möser,****) Moser,*****)

*) Fr. v. Kreittmayer Grundriss des allgemeinen teutsch- und bayrischen Staatsrechts. München und Leipzig 1769. 8. S. 116. und — Ueber Kreis-Associationen, Reichskrieg und Neutralität. Frankfurt und Leipzig 1792. 8. §. 28 — 39. u. f.

**) Historische Prüfung des vermeintlichen Alters der teutschen Landstände. Göttingen 1796. 8.

***) De origine et auctoritate ordinum sive statuum provincialium Belgii sub principibus, in dessen Collegio diplomatico-historico. Lugd. Batav. 1780. 8. c. 14.

****) Von dem Ursprunge der Landstände und des Landraths im Stifte Osnabrück; im 4ten Theile, Num. LI. seiner patriotischen Phantasien. Frankfurt und Leipzig 1787. 8.

*****) Von der Reichsstände Landen, Landständen, Unterthanen etc. Frankfurt und Leipzig 1769. 4. II. Buch. 3 Kap. §. 3.

Pütter*) und Posse.***) Nur mit Häberlin kann er sich nicht vereinigen; denn dieser behauptet: „Landstände sind nicht nur so alt, als die Landeshoheit selbst, sondern, wenn man mehr auf die Sache, als die Form sehen will, unstreitig noch ungleich älter.“****)

§. 10.

Widerlegung des Systems von Herrn Lang.

Um Langs Meinung zu widerlegen und den Ursprung der Landstände in einzelnen Ländern, vorzüglich in Baiern und Braunschweig-Lüneburg tiefer zu begründen, sind schätzbare Abhandlungen erschienen, die, wie ich glaube, bis zur Evidenz in einem gründlichen und bescheidenen Ton das Gegentheil von Langs Behauptung dargethan haben.****)

Ohne die Entstehung der Landstände in jedem teutschen Lande bis auf die Urepoche verfolgen zu müssen, glaube ich doch, soviel es meinen Zweck be-

*) Beyträge etc. Nro. VI. vom Ursprunge der Landeshoheit und dem in den meisten Ländern damit verbundenen Ursprung der Landstände.

**) Ueber das Staatseigenthum etc.

***) Grundlinien einer Geschichte der teutschen Landstände, im A. L. Schlözers Staats-Anzeigen. Heft LXVI. Göttingen 1792. 8.

****) Für Baiern: Car. Gottl. Weber de vera ordinum provincialium tum in Germania generatim, tum speciatim in Bavariae ducatu epocha recte constituenda dissert. Lipsiae 1797. 4. und Rettung des hohen Al-

rührt, rücksichtlich des Ursprungs teutscher Landstände Folgendes gegen Lang mit Grunde bemerken zu können:

1) Herr Lang warnet weislich im §. 1. vor dem Irrthume, dem Zeitalter unserer Voreltern eine Menge derjenigen Vorstellungen zu leihen, die ihre Entstehung erst weit jüngern Anstalten und Verhältnissen, dem Grad einer viel spätern Kultur zu verdanken haben. Er will im Reiche der Staatskunde, wie in jenem der Naturwissenschaft, nicht blos entfernte Aehnlichkeiten, wie man sie oft bey Parallelen trifft, sondern unveränderliche und treffende Kennzeichen in Bestimmung der Ordnungen und Klassen.

Ich gebe das alles gerne zu; aber mir scheint, Herr Lang verfalle in den entgegengesetzten Fehler, vor dem er zu warnen sucht; denn im §. 10. fodert er schon bey der Entstehung als wesentliche Kennzeichen der Landstände diejenigen Eigenschaften, die unsere heutigen Landstände haben; vergißt, daß er nicht von diesen, sondern von den ehemaligen Landständen sprechen soll, und leiht also Vorstellungen aus unsern Tagen, von einer Anstalt jüngerer Zeit, die ihre Ausbildung einer viel spätern Kultur zu verdanken

ters der bairischen Landstände gegen die neuest dawider gemachten Einwürfe, in einer Hildburghausischen Zeitschrift vom März 1799.

Für Braunschweig-Lüneburg: A. L. Iakobi versuchte Auflösung einiger Zweifel über das Alter und die Repräsentationsrechte teutscher Landstände. Hannover 1798. 8.

danken hat, dem Zeitalter unserer Voreltern, das heisst: Herr Lang hat bey seinem Systeme den wesentlichen Unterschied vergessen, der zwischen Entstehung und völliger Ausbildung der landschaftlichen Verfassung in Teutschland nothwendig beobachtet werden muss und die Unhaltbarkeit seiner Behauptung springt daher jedem Beobachter von selbst ins Auge. *)

2) Wenn Herrn Langs Behauptung richtig wäre, so würde daraus folgen, dass keine Anstalt unserer Zeit in den Vortagen existirt habe; denn jede ist von ihrer ursprünglichen Gestalt so sehr abgewichen und durch Zeit und Umstände so mannigfaltig gemodelt worden, dass sie nicht selten nur noch die Urgestalt und den Namen damit gemein hat. Dass dieß der Fall auch bey den teutschen Landständen war, hat Weber gründlich aus der Geschichte bewiesen. **) Es ist im Reiche der Staatskunde, wie in jenem der Naturwissenschaft, was Bonnet schon längst gelehret hat, — nirgends giebt es Sprünge, alles verdankt seine förmliche Ausbildung nicht einer plötzlichen Katastrophe, sondern einer allmählichen, langsamen, durch verschiedene Zusammenflüsse bewirkten Entwicklung. Ueberall wirkt die Natur nach gleichen Gesetzen, also auch in der Geschichte. Langs Meinung, nach welcher die Landstände im

*) Versuch über den Ursprung und Umfang der landständischen Rechte in Baiern 1 Abth. 1798. S. 3 und 4.

**) A. a. O. §. 5.

15ten Jahrhunderte auf einmal entstanden und in ihrer vollen Ausbildung, wie wir sie izt haben, gleich bey ihrem Ursprunge waren, ist also gegen den natürlichen Gang der Geschichte, und kann auch aus diesem Grunde nicht angenommen werden.

§. 11.

Vergleichung der Hypothese Langs mit andern.

Noch ist zu untersuchen übrig, ob denn die oben angeführten Schriftsteller wirklich der Meinung des Herrn Lang so unbedingt beypflichten, als er vorgiebt? — —

Dafs der Leiden'sche Professor Kluit seiner Meinung sey, unterliegt keinem Zweifel, obschon ich Kluits Behauptung nicht mit jener des Anton Mathäus *) eines ältern Professors in Leiden zu vereinigen im Stande bin, der von Landständen in der Provinz Utrecht spricht, die schon am Anfange des 14ten Jahrhunderts das Recht hatten, dafs ohne ihre Einstimmung keine Steuern und Auflagen durften erhoben werden. — Dafs aber der berühmte Möser gleicher Meinung mit ihm sey, davon kann ich mich nicht überzeugen. Ich glaube vielmehr, Möser sey ein wichtiger Gegner von Langs Meinung; denn er sagt in der schon angeführten Schrift Seite 212: „Die heutigen Landschaften haben sich erst im

*) De Nobilitate, de Principibus, Ducibus, Comitibus Baronibus, Militibus, Equitibus, Ministerialibus etc. Libri 4. in quibus passim Diplomata et Acta hactenus nondum visa. Amstelodami 1686. 8. l. 3. c. 1. —

15ten Jahrhundert gebildet.“ Möser setzt also nicht die Entstehung der Landstände, sondern die Ausbildung der landschaftlichen Verfassung ins 15te Jahrhundert, wie aus dem, was er vor der angeführten Stelle sagt, deutlich erhellet. Er ist daher *mein* Gewährsmann und der zuverlässigste Beweis, daß ich Langs Meinung richtig gewürdiget habe.

Herr Iustizrath Pütter bestimmt für die Entstehung der Landeshoheit und der Landstände überall, wo er davon spricht, die nämliche Epoche, wie Herr Lang selbst §. 8. gesteht, und schreibt dem Schuldenwesen der Landesherren nur die vollständigere Ausbildung der Landstände im 15ten und 16ten Jahrhunderte zu. Pütter warnet sogar ausdrücklich vor dem Trugschlusse, welcher aus der gleichzeitigen Verbindung des Ursprunges und der Ausbildung der Landstände entspringen würde, indem, wie er sagt, die Entstehung und die Vorrechte derselben bey weitem früher, als vom 15ten Jahrhunderte sich herschreiben. *)

Möser setzt den Ursprung der Landstände in den größern teutschen Ländern tief in die Vorzeit, aber ihre Vereinigung und vollkommnere Ausbildung schreibt er dem 16ten Jahrhunderte zu. Nur in einigen Ländern, erzählt er, wären sie bey verschiedener Gelegenheit entstanden, vorzüglich aber im 14ten, 15ten, 16ten und 17ten Jahrhunderte dadurch, daß sie die Fürsten mit Geld und Leuten unterstütz-

*) Beyträge etc. a. a. O. Nro. VI.

ten. *) Wiefern diese Angabe richtig sey, werden wir noch weiter unten hören; indessen ist es doch klar, daß Moser die Entstehung und Ausbildung der teutschen Landstände überhaupt deutlich unterscheidet und den Ursprung selbst derjenigen nicht bloß ins 15te Jahrhundert setzt, welche in neuern Zeiten sollten entstanden seyn. Er kann also nicht zur Parthey des Herrn Lang gezählt werden.

Eben so wenig auch Herr Posse; denn auch er trennt die Entstehungsepoche von jener der förmlichen Ausbildung der Landschaften. **)

Ich glaube daher hinlänglich dargethan zu haben, daß die eben angeführten Schriftsteller nicht nur mit Lang nicht übereinstimmen, sondern daß sie vielmehr gegen seine Behauptung sind und daher nach geschichtlichen Resultaten und nach Meinung dieser Gelehrten das Urtheil gegründet ist, daß sein System unhaltbar sey. —

Ich versuche daher eine andere Epoche für die Entstehung der teutschen Landstände zu begründen, und wage es, darzuthun, daß ihre Existenz *nothwendig* aus der Verfassung des Mittelalters hervorgehen mußte, und daß ihr Ursprung auch darinn müsse gesucht werden.

*) II. Buch. 3. Kap. 3. §.

**) Ueber Staatseigenthum etc. S. 25, 26. u. f. — Ferner über das Einwilligungsrecht etc. S. 14 — 17. 34. 42 — 44 etc. u. a. O.

§. 12.

Die tautschen Landstände nach dem Verfall der alten Herzogthümer bis zum Anfange des 14ten Jahrhunderts.

Der Heerbann war zu Grabe gegangen, weil schwache Könige ihn zu erhalten nicht im Stande waren, und das Lehenſyſtem trat an ſeine Stelle. Wie jener die ganze Staatsmaſchine durchgriffen und in Bewegung erhalten hatte, ſo mußte es auch dieſes, weil es das Surrogat von jenem war. Es geſchah; — aber es hatte mit loſern Banden das Ganze umſchlungen, die ſchon den Stoff zur Auflöſung mit ſich führten. Der Vereinigungspunkt der Thätigkeit der ſubalternen Glieder unter ein höchſtes Oberhaupt fehlte, und die verſchiedenen Interellen derſelben erhielten zu groſſe Wirkſamkeit, und nothwendig — eine ſchiefe Richtung. Ihre Tendenz gieng von nun an dahin, ſich wechſelſeitig zu unterjochen. Der Druck wirkte nach allen Seiten, abwärts, aufwärts und nicht minder nach einer geraden Richtung; denn die Unterdrücker machen ſich wohl einander ſelbſt unterwürfig. Kühnheit, gute Benützung der Gelegenheit und Schlauheit machen den Einen zum Herrn des Andern, der vorher ſelbſt ſeines gleichen oder gar über ihm war. Der Schwächere und der Landbewohner unterwarf ſich wohl ſelbſt gerne dem Einen dieſer Unterjocher, um der Plackereyen der übrigen überhoben zu ſeyn. Aber dieſe Klaſſe der Nation fühlte den Druck am meiſten. Das Ludeigenthum derſelben gieng zu Grunde und von dieſer unſeligen Periode ſchreibt ſich noch die oft drückende Lage des Landmannes in vielen

Gegenden Teutschlands her. Bey diesem Kampfe Aller gegen Alle gewann wohl der am meisten, welcher der Stärkste war, nämlich der Herzog oder Fürst. *) Wir haben schon oben (§. 5.) gehört, daß am Ende des 12ten und am Anfange des 13ten Jahrhunderts die teutschen Reichsstände schon die wichtigsten Hoheitsrechte an sich gerissen hatten, und dies ist die eigentliche Epoche der Entstehung der heutigen teutschen Landstände; denn in dieser Periode löste sich die Verfassung der alten Herzogthümer und mit ihnen die ehemaligen Herzogenlandtage auf und an ihre Stelle trat die Landeshoheit und mit ihr die Landstände.

Doch gieng diese Umwälzung der vorigen Verfassung nicht so leicht vor sich. Der Aufzug zum Herrn des Landes kostete den Reichsständen viele Opfer; denn noch war der Geist für Freyheit und Selbstständigkeit in der Nation nicht erstorben. Ihm verdankte das Faustrecht seine Entstehung und lange Dauer. Befehdungen, welche der Teutsche unternahm wegen Beleidigungen, welche die Reichsgesetze nicht verpönten und die mit den vorgeschriebenen Förmlichkeiten unternommen wurden, sind der Triumph der ungekränkten Nationalfreyheit, wofür unser Zeitalter, das der Fesseln schon gewohnt ist, keinen Sinn mehr hat. **) Kaiser Friedrich I. erlaubte

*) Schmidts Gesch. 3. Th. S. 337. u. f.

**) Senkenberg in den Gedanken von dem jederzeit lebhaften Gebrauche des uralten teutschen bürgerlichen und Staatsrechts. Frankfurt am Mayn 1759. 8. cap. 3. §. 12. und 18. Desto sträflicher waren unvermuth-

selbst in einem Reichsgesetze vom Jahre 1187 manifestam Werram. Nie durfte man den Teutschen willkürlich behandeln und das Sprichwort: „Wo wir nicht mitrathen, da sollen wir auch nicht mitthaten,“ war der Ausdruck der Freyheit und Selbstständigkeit der ganzen Nation; ihn führten die Reichsstände gegen den Kaiser und die Unterthanen gegen ihre Fürsten im Munde. *) Das war Sitte und Herkommen zur Zeit des Heerbannes auf den Merzfeldern, und nicht weniger, als das Feudalsystem in Teutschland herrschend wurde. Vorzüglich in diesen Zeiten, von denen wir izt sprechen. Kein Fürst konnte etwas unternehmen, ohne bey

thete und nächtliche Ueberfälle nach Art der Räuber und Mordbrenner. *Landfriede K. Frid. I.* bey Meichelbeck in hist. Frising. T. I. part. 2. pag. 516.— Vergleiche Möfers patriotische Phantasien, 4. Band. S. 158. u. f.

- *) Schmidts Geschichte, 4. Th. S. 487. und Häberlin a. a. O. S. 267. Die Sarkasmen, welche sich Herr Lang a. a. O. S. 17 und 18. gegen dieses und alle Sprichwörter überhaupt erlaubt, bringen der Wahrheit der Sache keinen Nachtheil; denn welcher philosophischer Beobachter möchte läugnen, daß Sprichwörter der allgemeine Ausdruck der Sitten und Gewohnheiten eines Volkes sind: und welcher Geschichtskenner weiß nicht, daß die Formeln und Rechtsparoemien, wornach die Schöffen des Mittelalters entschieden, nichts waren, als — gesammelte Sprichwörter.— Vergleiche I. G. Heineccii Anmerkungen von der in Sprichwörtern vorgetragenen Rechtsgelahrtheit der alten Teutschen, in seinen vermischten Anmerkungen und Gutachten. Berlin 1742. 8. S. 61 — 73. I. F. Eisenharts Abhandlung von dem Beweise durch Sprichwörter in seinen kleinen Schriften. Erfurt 1751. S. 17 — 38.

grossen und wichtigen Geschäften die Ministerialen und vornehmen Vasallen zu Rathe gezogen und ihre Einwilligung erhalten zu haben. Wollte er Krieg führen, so mußte er oft bitten und ihnen vor demonstrieren, daß die Fehde gerecht und reichsgesetzmäßig sey, um sie zu bewegen, aufzusitzen und in den Krieg zu ziehen. Dieser herrschende Geist gieng ganz in die Territorialverfassung über und der neue Landesherr konnte in Angelegenheiten von Bedeutung nichts ohne die freyen Güterbesitzer, Vasallen und Ministerialen thun und hatte Ursache genug sie schonend zu behandeln, um sie bereitwillig zu erhalten. *)

Eben so war es auch bey den Städten. Zwar entstanden im Mittelalter die Meisten auf fürstlichem Eigenthume und waren also im Stande der Behörigkeit; aber durch ihren Kunstfleiß und Handel erhielten sie Reichthum, Ansehen und Macht. Viele Landbewohner, der Räubereyen des Adels müde, zogen in die Städte, wo die Sklaverey früher, als auf dem platten Lande verschwand. Die Leibeigenen, welche auf dem Lande die Handwerker ihrer Herren waren, flohen unter städtischen Schutz, wo die Künste blühten, und die Gesetze sie zu freyen Männern stempelten, wenn sie den Nachforschungen ihres Leibherrn ein Jahr lang verborgen blieben. **) Durch den Handel wurden die teutschen

*) Schmidts Geschichte der Teutschen 3. Th. S. 156. 157. und 4. Th. S. 526.

**) Ueber Nationalindustrie und Staatswirthschaft nach Adam Smith bearbeitet von F. A. Lueder. Berlin 1800. S. 353.

Städte mit der Verfassung der italienischen bekannt, und bald sah man diese nach dem Zuschnitte jener geformet. Man hörte izt auch in Teutschland von Magistris Civium, Consulibus, Consiliis etc. Die Fürsten ertheilten ihnen collegialische Rechte, oder die Städte eigneten sich dieselben selbst zu; auf diese Art hatten sie das Recht, ihre Statuten und Gesetze selbst zu machen, ihre Gefälle und Kassen selbst zu verwalten, und errangen sich so die Eigenschaft politischer Körper oder Gemeinheiten. *) Wie in den italienischen, so bildeten sich bald auch in den teutschen Städten Zünfte und Innungen; **) sie bewaffneten sich, legten Waffenplätze in den Städten an, und theilten sich in Fahnen und Haufen. Ertönte die Sturmglocke, so enteilte jeder der Werkstätte

*) Lueder a. a. O. S. 348. u. f.

**) „Man nannte damals alle Innungen Universitates, welches in der That der schicklichste lateinische Name für die, zu einer Gesellschaft vereinigten, sämmtlichen Gewerbsleute einer bestimmten Gattung, war. So findet man in den alten Privilegien und Documenten der Städte der Universität der Schmiede, der Universität der Schneider gedacht. Als diejenigen besondern Corpora, welche wir izt allein Universitäten nennen, zuerst errichtet wurden, ahmte man augenscheinlich in Bestimmung der Jahre, ehe Iemand die Würde eines Magisters oder eines Meisters der freyen Künfte erhalten konnte, die weit ältern Verordnungen nach, wodurch die Lehrjahre in gemeinen Handwerken schon vorlängst festgesetzt waren,“ — und beobachtet sie noch zur Stunde buchstäblich!!! — Untersuchung über die Natur und die Ursachen des Nationalreichthums, von Adam Smith. Frankfurt und Leipzig. I. Band. 1796. S. 206 und 207.

und in wenigen Minuten stand ein kleines Heer von geharnischten und bewaffneten Zünftlern zum Angriffe bereit.

Diese Verfassung machte die Städte den Landesherren wichtig und dem fehdelustigen Adel fürchterlich, und es ist klar, daß ohne Einwilligung eines so ansehnlichen und mächtigen Standes keine bedeutende Angelegenheit geschehen durfte, noch konnte.

Die Klöster hatten sich aber auch im Mittelalter durch ihren Reichthum und wahre Gemeinnützigkeit großes Ansehen erworben. Schon unter den fränkischen und salischen Kaisern ward es allgemeine Sitte, Klöster zu stiften und die gestifteten mit Lehen, Zehnten, Zinsen, Geld, Menschen und Vieh zu bereichern. Diese Gewohnheit dauerte auch das ganze Mittelalter hindurch noch fort. Um seine arme Seele dem Rachen des Höllenpfuhles zu entreißen und mit seinen begangenen Missethaten das ewige Gericht auszuföhnen, hatte mancher räuberische Ritter auf dem Todesbette den Heiligen eines Klosters, oder dessen Mönchen seine reiche Verlassenschaft geschenkt, welche dafür den armen Sünder in den Himmel betheten!! Die Eitelkeit, welche in jedem Zeitalter, nur unter verschiedenen Formen sich äußert, spielte den Mönchen auch manches schöne Eigenthum in die Hände; denn seinen Namen und sein Wappen am Altare einer Klosterkirche viele kommende Jahrhunderte prangen zu sehen, schmeichelte der Ruhmsucht gar so sehr. — Aber nicht bloß Aberglaube oder eitle Prahlerey war

es, welche das Vermögen der Klöster häuften, sie hatten auch edle Bestimmungen; denn kein Zeitgeist huldigt einer ganz zwecklosen Anstalt. Sie waren das Institut der Nationalerziehung; die Hospitäler für Alte, Kranke und Unglückliche; die Herberg für Pilgrime und Reisende, und die Zufluchtsörter für Wittwen und Waisen. Sie waren im eigentlichen Sinne Bildungs- und Wohlthätigkeitsanstalten für die Nation.*)

Doch nicht lange blieben sie dieser Bestimmung ganz getreu. Mit dem Wachsthume der Hierarchie nahm auch ihre Selbstständigkeit zu, und weil sie im ausschließenden Besitz aller Wissenschaften waren, welche damals existirten, so hatten sie die Geschäftsführung bey allen wichtigen Angelegenheiten, die bey Hof oder im Lande vorgiengen. Sie hatten die ersten Hofämter, waren Kanzler, Schreiber, Notarien, Beichtväter, die Gelehrten der Nation, Spitalpfleger, Pfründenverwalter und im Besitze von Gütern, wie der Adel. Von ihrem grossen Wirkungskreise in allen öffentlichen und Privatgeschäften läßt sich unschwer auf den Einfluß schliessen, den sie auf grosse Unternehmungen der Herzöge und Fürsten hatten, und zuverlässig annehmen, daß ohne ihre Einwilligung und Mitwirkung nichts im Lande geschehen sey.

Dieß ist die Geschichte der Entstehung der teutschen Landstände. Ritter, Städte und Prälaten

*) Ueber die Verwendung einiger Kloostergüter zu Bildungs- und Wohlthätigkeitsanstalten. 1802. S. 56. u. f.

sind die Subjekte, deren Rath und Einwilligung die Fürsten bey jeder wichtigen Landesangelegenheit nothwendig berücksichtigen mußten. Daher fast alle Urkunden der damaligen Zeit dieses Consensus et Consilii erwähnen. *)

Zwar sind dieß noch keine Landstände, wie wir sie heut zu Tage haben, sie machten noch keine Corporation aus, und wurden auch nicht immer alle um ihre Einwilligung gefragt, sondern nur jene, welche das Geschäft interessirte, oft nicht einmal diese alle, sondern nur die nächsten, welches die Ministerialien oder Erbhofbeamte waren. Aber man vergesse nicht, daß wir von der *Entstehung* der Landstände sprechen, und daß im 13ten, 14ten und 15ten Jahrhunderte die Ordnung der Dinge nicht war, welche später oder in unsern Zeiten eintrat, daß folglich das Recht der landständischen Concurrenz nicht nach unsern, sondern nach dem Zeitalter ihrer Entstehung müsse beurtheilt werden. Eine Warnung, die, wenn sie vergessen wird, den ganzen Gesichtspunkt verrückt. Es waren auch die Geschäfte nicht häufig, wo die landständische Beywirkung erfordert wurde; denn von einer allgemeinen Gesetzgebung wußte man noch nichts, man hielt sie der teutschen Autonomie nachtheilig; allgemeine Justizpflege und Landespolizey, stehende Heere waren unbekannte Dinge. Das Kirchen- und Schulwesen und viele andere wohlthätige Anstalten gehörten damals nicht zu den Landesangelegenhei-

*) Pütter a. a. O. S. 124.

ten, sondern waren den Mönchen überlassen. Nur Ländertheilungen, Familienverträge, Vormundschaftsachen, Erbfolgestreitigkeiten, Krieg und Bündnisse etc. waren die einzigen Fälle, welche das ganze Land interessirten, und in welchen die Landstände auch immer, nach dem Zeugnisse der Urkunden damaliger Zeit, um ihren Rath und Consens gefragt wurden. *)

Vorzüglich spielten sie eine wichtige Rolle bey Successionsfällen. Man denke an die Straubingische Erbfolge 1425 und den folgenden Jahren **) und an den Baiern-Landshuter Erbfolgekrieg, welcher eigentlich den Grund zur Größe der bairischen Landstände gelegt hat. — ***) So hatten die österreichischen Landstände beschlossen, weil der einjährige Prinz Friedrich von Baaden und dessen Vormünder nicht mächtig genug waren, den Ungarn und Baiern zu widerstehen, einen wirksamern Herrn aufzusuchen, den sie in Heinrich Markgrafen von Meissen zu finden hofen. Sie fertigten daher einige Abgeordnete ab, welche dem Sohne des Markgrafen ihre Herzogthümer anbieten sollten. Die Deputirten sprachen auf der Reise beym Könige Wenzeslaus von

*) Poffe a. a. O. S. 183.

**) Aettenkhofers kurzgefaßte Geschichte der Herzöge von Baiern, mit 87 Beylagen. Regensburg 1767. 8. Beylage Nro. 28.

***) Freyherr von Löwenthal Geschichte des Bairisch-Landshutischen Erbfolgekrieges etc. 2 Th. München 1792. 4.

Böhmen ein. Dieser beredete sie aber, daß der Markgraf Heinrich der Mann nicht sey, welchen sie wünschten und schlug ihnen seinen Sohn Przemysl Ottokar zum Herzog vor. Die Abgeordneten kehrten zurück und berichteten dieß ihren Mitständen, und Ottokar wurde durch Vermittelung der Landstände zum Herzoge von Oesterreich und Steyermark erwählet. *) Diese Beyspiele zeigen hinlänglich von der großen Macht und dem Ansehen der Landstände. Natürlich konnten sie als die Mächtigern, leichter, als jeder andere, sich aufstellen, um da, wo es der Wohlfahrt des Landes galt, die ganze Nation zu vertreten; denn es waren Zeiten, wo nur der viel gegolten hatte, der viel vermochte. Am allerwenigsten konnten sie in Sachen ungeahndet umgangen werden, welche sie interessirten. Ritter, Städte und Prälaten, als die Mächtigsten im Lande waren also geborne und nothwendige Räthe des Fürsten. Nur dieser Gang der Sachen entsprach der Verfassung und Sitte, dem Freyheitsgefühl und Herkommen dieses Zeitalters. Diese Landstände waren also einzelne Gemeinheiten, welche kraft ihrer Besitzungen und nach teutschem Herkommen in wichtigen Landesangelegenheiten um ihren Rath und ihre Einwilligung gefragt werden mußten. — Noch nichts Ausgebildetes, blos die rohen Stoffe zum künftigen Gebäude, aber unstreitig die wahren, aus denen unsere heutigen Landstände erwuchsen. **)

*) Gebhardi, allgemeine Welthistorie. Halle 1793. 4. 52 Th. S. 428.

**) Schmidts Geschichte 3 Th. S. 157. 206. 276. — 4 Th. S. 484. u. f.

§. 13.

Die teutschen Landstände im 14ten und 15ten Jahrhunderte, bis auf den Landfrieden vom Jahre 1495.

Bis auf diese Epoche waren die Landstände noch in keine allgemeine Vereinigung getreten; aber es währte nicht lange mehr, als dieses geschah. Die Veranlassung zur wechselseitigen Annäherung der verschiedenen Klassen der Landstände boten mancherley Ereignisse dar.

1) Der niedere Adel, welcher seither immer zwey Klassen bildete, Lehens- und Dienstleute, verschmolz sich in Eine, da die Ministerialität in Lehenenschaft umgewandelt wurde, und machte von izt an *einen* Stand von gleichem Interesse aus.

2) Die Fürsten befestigten sich in ihrer Herrschaft immer mehr und dehnten ihre Gewalt oft zu weit auch über ihre Landstände aus. Hiedurch fanden sich diese in ihren Rechten und Freyheiten beeinträchtigt, und weil sie das Recht der Waffen vermöge des Faustrechtes hatten, so entstanden gewöhnlich aus diesen Reibungen blutige Thätigkeiten. Die Geschichte dieser Zeit erzählet uns von beständigen Fehden, die zwischen den Fürsten und ihren Rittern und Städten waren: daher finden wir

Häberlin a. a. O. S. 266. u. f.

Posse a. a. O. S. 177. 180. 184 etc.

Iakobi a. a. O. 14. 21. 25.

Versuch über den Ursprung und Umfang der landständischen Rechte in Baiern 1798. 8. S. 5 — 12.

auch in diesem Zeitraume schon viele Vereinigungen der einzelnen Gemeinheiten, um den widerrechtlichen Bedrückungen der Fürsten mit mehr Nachdruck widerstehen zu können. Die Merkwürdigsten davon sind:

- a) Der Verein der Landstände des Bisthums Münster vom Jahre 1346, welcher wegen verschiedener Landesbeschwerden im Jahre 1466 wieder erneuert wurde.
- b) In Baiern vereinigten sich die Städte von Niederbaiern mit der Ritterschaft 1347, und die von Oberbaiern 1362. Die Prälaten giengen mit den Rittern, Städten und Märkten zu Baiern Landshut 1394, zu Straubing im nämlichen Jahre, und zu Ingolstadt und München 1396 eine Vereinigung ein. *)
- c) Im Jahre 1354 traten die Stände von Pommern in einen Verein,
- d) 1392 die Braunschweig-Lüneburgischen,
- e) 1403 die Salzburgischen,
- f) 1438 die Landstände in Sachsen, Meissen, Franken, Osterland und Voigtland,
- g) 1456 im Trierischen,
- h) 1485 in Schlefien,
- i) 1463 im Kölnischen,
- k) 1467 in der Lausitz. **)

Diese

*) I. G. Felsmaier, Grundriß des bairischen Staatsrechtes. Ingolstadt 1801. 8. S. 152.

**) Möser von der Reichsstände Landen, Landständen etc. S. 659 — 702.

Diese Vereinigungen concentrirten die Macht der einzelnen Stände und waren das tauglichste Mittel, ihre hergebrachten Rechte und Freyheiten mit Gewalt geltend zu machen und wohl auch nach Belieben zu vermehren. Aber für die neuen Landesherren waren solche Anstalten von großem Nachtheile, und ein mächtiges Hinderniß in Erreichung ihrer vorgefassten Zwecke. Sie gaben sich daher alle Mühe, diese Vereinigungen zu zernichten. Wirklich wurde auch ein solcher Verein der bairischen Ritter, Städte und Märkte vom Kaiser Sigmund im Jahre 1421 kassirt. — An die Stände von Trier erging vom Kaiser Friedrich III. im Jahre 1457 auf Ansuchen des Erzbischofes eben auch ein Kassationsmandat ihrer Verbindung bey Verlust aller Gnaden, Rechte und Lehen und bey einer Pön von 2000 Mark löthigen Goldes. Aber vergebens; die Stände achteten nicht darauf, deshalb kassirte auch bald darauf der Papst neuerdings dieß Bündniß bey Strafe der Exkommunikation. Doch schadeten alle diese Verordnungen, welche den Untergang der Landstände zur Absicht hatten, denselben nichts, denn sie hatten nun einmal den Weg entdeckt, worauf sie sich mit Nachdruck gegen die um sich greifende Macht der Fürsten behaupten konnten.

3) Von vorzüglichem Einflusse auf die Ausbildung der landständischen Verfassung war noch ein anderer Umstand, — das große Schuldenwesen der neuen Landesherren.

Die neue Staatsverfassung, welche aus dem Schutte der Feudalanarchie emporstieg, führte auch

größere Bedürfnisse mit sich. Der Lehensverband hatte sich nun ganz aufgelöst. Die Vasallen leisteten keine Kriegsdienste mehr, oder wenn sie noch in den Krieg zogen, so mußten sie auf Kosten des Fürsten unterhalten werden. *) Daraus entstand die traurige Nothwendigkeit, daß der Fürst seine Kriege durch Söldner führen mußte, die er aus seinen Kammergütern bezahlte und die den Ruin seiner häuslichen Umstände auch glücklich bewirkten. Nach Maassgabe der Ausdehnung der landesherrlichen Gewalt stieg auch das Ansehen und der Aufwand der Fürsten. Ihre verschwenderische Frömmigkeit und übermässiger Luxus kosteten auch unfägliche Summen. Sie verkauften oder verpfändeten daher ihr Familieneigenthum und ihre Kammergüter, um ihre Ausgaben zu bestreiten. Aber diese Veräußerungen verschlimmerten das Uebel nur noch mehr, weil alle Quellen des Ertrags für die Zukunft versiegt waren.

In dieser mislichen Lage nahmen sie nun zu einer allgemeinen Besteuerung der Unterthanen ihres Bezirkes ihre Zuflucht. Aber diese Wagniß konnte nicht ungeahndet geschehen; denn ein ordentliches Besteuerungsrecht hatte selbst der Kaiser nicht, und die Fürsten, welche im Grunde eine vom Kaiser übertragene Gewalt ausübten, konnten es eben so wenig haben. In frühern Zeiten waren Steuern auch nicht nöthig; denn der Heerbann und das Lehenswesen waren ohnehin militärische Ver-

*) Schmidt a. a. O. 2 Th. S. 411.

fassungen, die auf den Kriegsdienst berechnet waren, und für die übrigen Ausgaben hatten sie ihre Regalien und Kammergefälle. Das Recht, Steuern zu fodern, hatte nur der Obereigenthümer oder Grundherr bey außerordentlichen Bedürfnissen: dieses waren damals die Ritter, Städte und Prälaten oder unsere heutigen Landstände, und diese widersezten sich auch mit gesammter Macht den willkürlichen Foderungen der Fürsten. Auf diese Art war also nicht durchzudringen. Die Landesherren schlugen daher einen andern Weg ein und giengen die Grundeigenthümer bittweise um eine Beysteuer an. Diese sahen die Noth wohl ein, und wenn sie nicht halfen, so mußten sie fürchten, daß nach gänzlicher Zersplitterung aller landesherrlichen Güter, woraus seither die Regierungskosten bestritten wurden, zuletzt sie selbst die Staatsabgaben zu tragen hätten. Sie gaben daher den Bitten der Fürsten nach, bewilligten eine Beysteuer, und ließen sich von ihnen die Versicherung geben, daß die bewilligte Hülfe eine freywillige und ungezwungene Gabe sey, und daß sie für die Zukunft keine mehr begehren wollten. Würden die Fürsten aber doch eine ähnliche Foderung an sie oder ihre Grundholden machen, so sollten die Stände befugt seyn, dieses Ansinnen mit Gewalt abzulehnen. —

Die Fürsten gaben dieses Versprechen willig; denn in der Noth ist man nicht für die Zukunft, sondern nur für die Gegenwart besorgt. Es war ihnen nur darum zu thun, aus der ängstlichen Verlegenheit zu kommen, und um dieser entrißen zu

werden, war ihnen kein Versprechen zu theuer, daß sie nicht zugesagt hätten. — Aber aus dieser Art des wechselseitigen Betragens entsprangen wichtige Resultate für die Zukunft:

- 1) Die Beysteuer der Stände war damals ein wahres Geschenk; denn der Fürst konnte nichts fodern, und die Stände durften nichts geben: auch sahen sie beide Theile dafür an, wie der Gang der Verhandlung zeigt.
- 2) Dadurch ward beiderseits der Grundsatz anerkannt: daß Niemand willkürlich könne besteuert werden, und behielt seine Wirksamkeit durch alle Jahrhunderte, bis auf unsere Zeiten.
- 3) Einer wiederholten Foderung von Seiten der Fürsten stand Selbsthülfe und Gewalt der Stände entgegen, die bey *vereinten* Kräften am stärksten sich äußern konnten.

Die landständische Vereinigung, wo sie noch nicht bestand, war also hiemit schon ausgesprochen, um den widerrechtlichen Eingriffen der Fürsten in das Privateigenthum mit Gewalt widerstehen zu können.

Wer möchte verkennen, daß die landständische Verfassung ihre allmähliche Ausbildung diesem Zeitraume zu verdanken habe; denn nachdem die Landesherren einmal wußten, wie den lästigen Schulden abzuhelpen sey, so beförderten sie die landständischen Versammlungen selbst, weil sich auf diesen am besten mit den Ständen unterhandeln liefs. So erwarben sich die Landstände einen politischen Rang

der ersten Grösse, und weil sie den Nervus zu allen Staatsoperationen in Händen hatten, den wichtigsten Einfluss auf alle öffentlichen Angelegenheiten. Von ihrer Freygebigkeit oder Härte hieng das Schicksal des Fürsten ab, von ihrem Willen der Gang der Staatsgeschäfte, und von der Gewalt der Waffen die lange Dauer und wohl auch die Vermehrung ihrer excentrischen Rechte und Freyheiten.

In dieser Periode erreichte das Ansehen der Landstände seinen höchsten Gipfel; denn seither hatten alle Umstände zusammengeholfen, ihre Grösse und Wichtigkeit zu befördern: aber nachtheiliger für sie waren die kommenden Zeiten. —

§. 14.

Die teutschen Landstände vom Landfrieden Kaisers Max I. im Jahre 1495 an, bis auf unsere Zeiten.

Der unseligen Fehden müde, verlangten Teutschlands Stände nach Ruhe, und Kaiser Max der Erste entsprach ihrem Wunsche auf dem Reichstage zu Worms im Jahre 1495. *) Das Faustrecht wurde ganz abgeschafft und der so lang gewünschte Landfriede hergestellt, zu dessen Aufrechthaltung und Handhabung der Gerechtigkeit ein beständiges Kammergericht im Reiche errichtet wurde. Hiedurch war nun das Recht der Selbsthülfe den Land-

*) Landfriede A. 1495 zu Worms aufgerichtet; in Schmauers Corpus Iuris etc. S. 56, u. f. der vermehrten Auflage durch H. G. Franken und G. Schumann. Leipzig 1774.

ständen genommen und ihren Fürsten gelassen. Diese konnten also gegen die Landstände alle mögliche Bedrückungen sich erlauben, und wollten die Landstände dagegen sich auflehnen, so wurden sie als Landfriedensbrecher aller Rechte und Freyheiten verlustig, in die Acht erklärt und mit andern Pönnen belegt. *) Kaiser Karl V. mußte in der ersten Wahlkapitulation vom Jahre 1519 ausdrücklich versprechen: „alle unziemliche, häßliche Verbindnisse, Verstrickungen und Zusammenthuung der Unterthanen, wels Standes oder Würden sie seyen, in gleichen die Empörung und Aufruhr und ungebührliche Gewalt, so gegen die Kurfürsten, Fürsten und Stände etwa vorgenommen seyn, und hinführo vorgenommen werden möchten, wollen wir aufheben, und mit ihrer, Kurfürsten, Fürsten und Stände Rath und Hülfe daran seyn, dafs solches, wie es sich gebühret und billig ist, in künftiger Zeit verboten und vorkommen werde.“ **) Zwar wurde den Landständen für die Selbsthülfe ein Surrogat gelassen, sie konnten beym Reichsgerichte gegen ihre Landesherren Klage führen, die ihre alten Rechte und Freyheiten unterdrücken wollten; aber dieß haßte man aus angebornem Widerwillen; man wollte lieber mit dem Säbel in der Faust die Streitigkeiten entschieden wissen: und klagten sie denn auch wirklich, so hatten sie römische Doctoren zu ihren Richtern, die nach Iustiniens Ausspruche ent-

*) Reichsabschied vom Jahre 1512. 1 Th. §. 15.

**) Wahlkapitulation Kaiser Karl V. Art. XV. §. 6.

schieden, der, leider! nichts von Landständen, ihren Rechten und Privilegien wufste, und sie mußten sich allezeit mit Verlust ihrer Gerechtsame zufrieden stellen. Daher kam es, daß ihr ehemaliges Ansehen tief herabsank, und ihr Einfluß auf die Unternehmungen der Fürsten ziemlich unbedeutend wurde. In manchen Ländern verloren sich die Landstände sogar gänzlich. *)

Doch diesen Unfällen und der daraus entspringenden gänzlichen Auflösung der Landstände beugte wieder das Schuldenwesen der Landesherren vor; denn der Aufwand bey den teutschen Höfen in diesen Zeiten war beyßpiellos; alles wimmelte von unnützem und kostspieligem Gefinde. **) Manche Regierungsanstalten, Anordnung der Justiz und administrativen Kollegien, und das bey weitem beschwerlichste Uebel, die stehenden Heere foderten unerschwingliche Summen und zerrütteten die häuslichen Umstände der Fürsten ungeheuer. Zum Glück für Teutschlands Unterthanen und die Erhaltung der Landstände, lag in der teutschen Verfassung der Grundsatz tief gegründet, daß Niemand willkürlich könne besteuert werden. Die Fürsten konnten sich also auf keine andere Art ihrer Schul-

*) Beyspiele davon in Moser a. a. O. S. 359 — 398.

**) Zum Belege der Wahrheit lese man nur Schmidt a. a. O. 4. Th. S. 439 — 446. Der Narren und Possenreißer gab es so viele, daß man ihrem Anwuchs von Reichs wegen auf dem Reichstage zu Augsburg 1500 Einhalt thun mußte.

denlast entledigen und in keinem andern Falle Erleichterung hoffen, als dadurch, daß sie den guten Willen der Landstände wieder um Beysteuer und Unterstützung ansprachen. Sie beriefen daher die Landstände in jenen Ländern, wo sie schon in eine Vereinigung getreten waren, auf einen Landtag, und wo sie noch nicht einen Körper ausmachten, beförderten sie nach Möglichkeit ihre Vereinigung, um auf einem Landtage den schnellen und sorglichen Zeiten (wie sie sich ausdrückten) abzuhelfen.

Man sieht, wie sich die Landesherren alle Mühe gaben, den Landständen eine kollegialische Form zu geben, um nur leichter mit ihnen unterhandeln zu können. Aber der Drang der Umstände foderte auch diese Maasregeln. Die Landstände, eingedenk der erlittenen Demüthigung und ihres nur noch geringen Einflusses auf öffentliche Angelegenheiten, fanden hierin die erwünschteste Gelegenheit, ihre ehemalige Grösse wieder herzustellen. Es geschah auch wirklich. Sie bewilligten den Landesherren zwar eine Beysteuer, aber machten ihm die Anerkennung und *schriftliche* Bestätigung ihrer alten Rechte und Freyheiten zur unerläßlichen Bedingung; weil sie seither nur zu oft die traurige Erfahrung gemacht hatten, daß mündliche Versicherungen weder von den Fürsten, noch den römischen Doctoren geachtet wurden; so suchten sie durch Reservaten, Handfesten, Freyheitsbriefe u. d. gl., worinn auch jederzeit alle möglichen Versicherungen enthalten waren, daß man mit dergleichen Anträgen nicht mehr beschwerlich fallen wolle, ihre

Rechte und Freyheiten gegen alle Verletzungen zu sichern.

Von nun an waren die Landtage keine seltene Erscheinung mehr; denn sie waren Geldtage, und Geld bedurften die Fürsten immer. Es wurde das Landtage halten und auf diesen die Geldbewilligungen gleichsam zur Gewohnheit, was auch die alten Reversalen dagegen enthalten mochten. *) Aber wie die Fürsten ihre Forderungen wiederholten, so vermehrten auch die Landstände ihre Rechte; denn um von den lästigen Anträgen der Fürsten los zu werden, mischten sich die Stände in alle Staatsgeschäfte, weil in der schlechten Führung derselben die vorzügliche Ursache der oftmaligen Geldnoth der Fürsten gelegen hatte. Kein Krieg durfte ohne ihre Einwilligung geführt, kein Bündniß geschlossen, kein Land getheilt, verkauft oder verpfändet werden. Nicht selten behielten sie sich die Erhebung und richtige Verwendung der bewilligten Steuern bevor oder ließen sich von den eingegangenen Geldern Rechnung ablegen, und gaben den Fürsten nicht mehr, als er zur Noth brauchte, um ihn stets abhängig zu erhalten. **)

In dieser Periode erhielt das Territorialsystem immer mehr Festigkeit, die Geschäfte der landstän-

*) Poße a. a. O. S. 194. und — über den Ursprung und Umfang etc. S. 30.

**) Strubens Nebenstunden, 2 Th. X. Abhandl. §. XI. S. 455.

dischen Concurrenz wurden daher immer von größerer Wichtigkeit und längerer Dauer. Das oftmalige Erscheinen auf den Landtagen war beschwerlich und kostspielig und für die Fürsten zu langsam; auch mochten diese leichter und bequemer mit Wenigen unterhandeln, als mit der ganzen vielköpfigen Masse, und so entstanden Ausschüsse, deren Geschäft es war, die Fürsten fleißig zu controlliren, über die Rechte und Freyheiten der Stände zu wachen, Verletzungen derselben zu rügen, auf ihre Abstellung zu dringen, und die Erhebung und Verwendung der Steuern zu besorgen.

Nebst diesen vergaßen aber die Landstände nichts weniger, als ihren eigenen Vortheil, sie ließen sich ihre Steuerbewilligungen theuer und zum Nachtheil aller übrigen Unterthanen, mit Steuerfreyheit ihrer Güter, Gerichtsbarkeit, Vorzüge, Ehrenstellen und andern Privilegien bezahlen, schriftliche Urkunden darüber ausstellen, die in vielen Territorien mit Unrecht Landesfreyheiten genennt werden.

Nach diesem allgemeinen Umriss war bis in die erste Hälfte des 16ten Jahrhunderts die Verfassung aller teutschen Landstände, mit größern oder kleinern Abänderungen in einzelnen Ländern, gebildet, und der Unterschied zwischen den Landständen dieser und der vorigen Periode besteht nach meiner Ueberzeugung nur darinn, daß die Stände der vorigen Epoche wenigere Rechte ausübten, weil das Territorialsystem noch nicht zu tiefe Wurzeln geschlagen hatte, aber mit mehr Gewalt und

Macht, weil sie das Recht der Waffen hatten; die Landstände in diesen Zeiten aber wichtigere und ausgedehntere Rechte aus den entgegengesetzten Gründen, die sie nicht mit Waffen, sondern durch Zwang, Noth und Schlaueit, oder auf diplomatischen Wegen erwarben und sicherten. Die Ersten kannten sich und ihre Rechte nicht vollkommen, sie hatten im Grunde keine Verfassung, alles beruhte auf Herkommen und der Natur der Sache; aber desto feiner und weitausgreifender sind die Plane der Leztern; diese hatten eine systematische und sehr ausgebildete Verfassung, die nach ihrer Einrichtung und dem Geiste dieser Zeit bey weitem mehr Gelegenheit darbot, die ständische Concurrenz wiederholt und mit mehr Umfang auszuüben, als in den ehemaligen Zeiten. *) Die Folge davon war nicht, wie viele mit Unrecht glauben, daß erst sie und nicht auch die vorigen wahre Repräsentanten des Landes gewesen seyen, die „Privatinteresse in Landinteresse umgewandelt hätten.“ Es sind immer die nämlichen Landstände mit den nämlichen Rechten; aber nur Zeit und Umstände lehrte die Leztern ihre Tendenz zu erweitern und viel umfassender zu machen. Selbst das Wort Landschaft,

*) Dem Geiste der damaligen Verfassung widerspricht diese Behauptung zuverlässig nicht. Würden die Landtagsverhandlungen und andere dergleichen Urkunden aus dieser Periode jemals das Tageslicht erblicken, so könnte diese aus allgemeinen Umständen und Verhältnissen abgezogene Angabe gewiß viele Belege finden. Aber vielleicht sind sie schon vermodert! —

Landstand, das erst in diesem Zeitalter überall Gang und Gabe war, zeigt von ihrer schlaunen Diplomatie, und von dem Bestreben, ihren Geschäften eine glänzende Aussenseite zu geben; denn wer möchte Sachen aus Worten allein eruiren wollen? *)

So standen im allgemeinen die Verhältnisse der teutschen Landstände bis auf den 30 jährigen Krieg. Von diesem Zeitpunkte an verschlimmerte sich die Lage derselben aufs Neue.

Der 30 jährige Krieg war der letzte Kampf der dahinsinkenden kaiserlichen Gewalt mit der fürchterlichen Uebermacht der Reichsstände. Der Sieg fiel, wie wir schon hörten, zum Schaden des Kaisers und mittelbar auch zum Nachtheil der Landstände aus. Der Friede zu Osnabrück und Münster im Jahre 1648 machte diesem blutigen Kriege ein Ende. Die Reichsstände wurden in Wesentlichen als selbstständige Landesherren erklärt. Sie erhielten das Recht unter sich und mit Auswärtigen Bündnisse einzugehen, Krieg und Frieden zu schließen, und Gesandte mit völkerrechtlicher Eigenschaft zu schicken.**) Die Wahlkapitulation sicherte die Fürsten vor allen Eingriffen in ihre Landeshoheit, indem darinn versprochen wurde: „Wir wollen weder denen Reichsgerichten, noch sonst Iemand, wer der auch seye, gestatten, daß denen (Reichs) Ständen in ihren Territoriis in Religions-, Politischen-,

*) Moser a. a. O. S. 209. u. f. und Lang a. a. S. 43.

**) Instr. pac. osn. Art. 8. § 1. 2.

Iustiz-, Cameral- und Criminal- Sachen sub quocunque praetextu, wider die Reichsgesetze, den Friedensschluss, oder aufgerichtete rechtmäßige und verbindliche Pacta vor- oder eingegriffen werde.“*)

In der Folge stellte man den Grundsatz auf, die landesherrliche Macht sey untheilbar, und es könne folglich keine Concurrenz der Landstände Statt finden. Oft fand man den Einfluss derselben auf manche Unternehmungen lästig, und entfernte sie durch Gewalt und Drohungen oder auf eine günstigere Art. So hatten die Landstände mancherley Schicksale zu ertragen, die sich in der Hauptsache immer mit Verlust ihrer vorzüglichsten Rechte endigten. Die Concurrenz beym Besteuerungsrecht behielten sie allein noch, und selbst diese wurde durch Reichsgesetze ungemein beschränkt, indem zu Reichsteuern der Reichsabschied vom Jahre 1543 den Reichsständen das Recht ertheilte: „alle ihre Unterthanen, die sie vermög der Rechten und alten besitzlichen Herkommen, zu steuern und zu belegen haben, auf den gemeinen Pfénning, wie der hiebevorn in dem Reich bewilliget, doch allein derselben Obrigkeit zu guten, oder sonst durch eine Steuer oder Anlag, wie eine jede Obrigkeit für gut ansehen würde, anlegen und einziehen möge, und soll in solcher Anlag Niemand ausgeschlossen seyn, noch verschont werden.“**)

Dies wurde neuerdings bestätigt in dem Reichsabschied vom Jahre 1548. §. 95. Der Reichs-

*) Wahlkap. Art. I. §. 8.

**) Reichsabschied v. J. 1543. §. 24.

abschied vom Jahre 1555. §. 82. erlaubt zur Handhabung des Landfriedens, „dafs jede Obrigkeit Macht haben soll, ihre Unterthanen, geistlich und weltlich sie seyn exempt oder nicht exempt, gefreyet oder nicht gefreyet, mit Steuer zu belegen.“

Das Nämliche wiederholet auch der Reichsabschied vom Jahre 1576, jedoch immer nur nach Maas des nöthigen Reichsbeytrages.

So war ihnen auch erlaubt, Steuern zu Kammergerichtszieln, zum Unterhalt des Kammergerichts, zu Gesandtschaften, bey Reichs-, Kreis- und Deputationstagen, zur Erhaltung der Vestungen, Plätze und Garnisonen u. d. gl. zu erheben. *)

Vollends hätte der Reichschluß vom Jahre 1670 beynahe die Existenz der Landstände zernichtet, indem die Mehrheit der Reichstände dahin den Antrag machte, dafs alle ihre Unterthanen ohne Unterschied die Pflicht haben sollten, ihnen jeden Beytrag zu leisten, den sie zur Erhaltung des Militärs oder für die Kriegskosten nöthig hätten, und „folgich alles, was an sie, und so oft es begehrt wird, gehorsamlich und unverweigerlich darzugeben schuldig seyen, und dafs einige Klage der Unterthanen, weder bey dem kaiserlichen Reichshofrath, noch Kammergericht hierwider nicht angenommen und alle Prozesse und Mandate, sowohl wegen der vorgegangenen, noch gegenwärtigen und künftigen

*) Reichschluß vom Jahre 1719, und Wahlkap. Art. XV. §. 3.

Zeit abgethan und aufgehoben seyn, auch denen Landständen, Landsassen und Unterthanen einige Privilegia und Exemtiones, wie sie auch Namen haben, oder zu was Zeit selbige erlangt seyn möchten, nicht zu statten kommen sollen.“*)

Aber Kaiser Leopold I. verlagte diesem verfassungswidrigen Ansinnen der Reichsstände seine Zustimmung, indem er sich äusserte:

„dass kaiserliche Majestät in obangezogenem neuen Vorschlag, und praetendirte Extension des §. und gleichwie etc. ohne einigen Unterschied, und zwar ihren der Kurfürsten und Stände, Mediat-Stände, Landsassen und Unterthanen habenden Behellfs ganz zumahlen ungehört und unvernommen, willigen, und sogar der rechtshängige Prozess in dergleichen Materiis cassieren, und sonderlich denselben, wann sie sich über die Billigkeit beschwert zu seyn erachten sollen, noviter et sine cognitione causae an die hohe Reichsdicasteria entziehen sollten, darzu können dieselben in Erwägung der hiebey vorgefallenen hochwichtigen Bedenken, einmal nicht entheben, sondern werden, um der dabey sich ereigneter Umstände willen, vielmehr gemüffiget, einen jeden bey deme, wessen er berechtiget, und wie es bis dato observieret worden, in alle Weg verbleiben zu lassen.“**)

*) Kaiserliche Resolution die Collectation der Unterthanen betreffend, de anno 1670. in Schmausens Corpus Iuris S. 1078.

**) A. a. O. S. 1078 und 1079.

Und so war denn dieses Recht gesetzlich bestätigt, und für die Landstände erhalten! Auch der westphälische Friede sichert ihnen ihre wohlhergebrachten Privilegien und Rechte zu *), und die Wahlkapitulation genehmiget alle Verträge der Landesherren mit ihren Landständen, und verspricht ihnen reichsgesetzmäßigen Schutz. **)

Auf diese Art übertrugen die Landstände glücklich alle Stürme, die schon ihrem Untergange drohten, und erhielten sich bis auf unsere Zeiten, wo man anfieng, ihr Daseyn und ihre Rechte kritisch zu beleuchten. Doch diese Untersuchung ist nach unserm Plane der zweyten Abtheilung gewidmet.

*) I. p. O. Art. X. §. 16. Art. V. §. 33. Art. VII. §. 1.
Art. XI. §. 11. 12. Art. XIII. §. 4.

**) W. K. Art. I. §. 2. Art. II. §. 3. Art. XVIII. §. 6.
Art. XIX. §. 6.

Zweyte Abtheilung.

Rechtlicher Theil.

B. Was ist der Zweck des Daseyns der teutschen Landstände? — In welchem Verhältnisse stehen sie zum Kaiser, ihrem Landesherrn und zu der Nation? — Und welches sind ihre Rechte und Verbindlichkeiten, nach der teutschen Reichsverfassung? —

Einleitung.

Ich habe nach meinem vorgezeichneten Plane den Ursprung der teutschen Landstände historisch skizzirt, und dadurch einerseits den Foderungen, welche die Natur der Sache in Hinsicht auf die Behandlung dieses Gegenstandes that, entsprochen. Nun folgt also die Beantwortung der rechtlichen Frage, über den Zweck des Daseyns der teutschen Landstände.

Diese Untersuchung ist von grösserer Wichtigkeit. Die historische Darstellung machte uns nur mit dem Alter und den Schicksalen der Landstände von ihrem Ursprung an bis auf unsere Zeiten bekannt; die kritische aber entscheidet über den Werth oder

Unwerth derselben. Die lange Dauer allein spricht noch nicht untrüglich für den innern Gehalt einer Verfassung, obwohl nicht zu verkennen ist, daß eine Einrichtung, die Jahrhunderte durch als wohlthätig gepriesen wurde, auf eine gerechte Vermuthung für ihre innere Güte Anspruch machen kann. Indessen der Geist der Zeiten rückt unaufhaltbar vorwärts, die Nationen entwachsen ihrer Kindheit, die Kultur der Wissenschaften gewinnt, Begriffe und Meinungen ändern sich; die ganze Lage der Dinge erscheint in einem neuen Lichte. Sollen die Institute eines Staates das Glück der Nation noch immer befördern: so müssen ihre innern Theile und das Verhältniß derselben temporären Aenderungen unterliegen, um dem jedesmaligen Zustand des Volkes anpassend zu seyn. Halten sie diese Probe aus, so ist es Ungerechtigkeit an der Nation, ihre Institute als unnütz oder schädlich zu schelten; ist aber das nicht, so laßt uns mit prüfendem Geist und Sinn Hand an's Werk zur Verbesserung legen, um das Gute noch zu retten. Wer mit kindischer Anhänglichkeit und unverrückt am Alten klebt, wird mit ihm unbrauchbar und geht auch damit zu Grabe. Die Tagesgeschichte liefert uns häufige Belege hiezu. Es giebt zwar Menschen, bey denen es Hochverrath ist, über Staaten oder ihre Verfassungen zu sprechen; aber sie ändern durch nichts das Vorrücken des menschlichen Geistes und der bürgerlichen Gesellschaften, worinn sich stets die Verhältnisse ändern, und neue Bedürfnisse in der Konstitution erzeugt werden. Ihre Stimme zu hören, wäre Zeitverlust; sie gar befolgen, hiesse rückwärts schreiten.

Die teutschen Landstände, als eine Anstalt aus den Tagen der Vorzeit, sollen auch dieser Prüfung unterliegen.

Ueberzeugung, verbunden mit Schonung, soll die ganze Untersuchung leiten. Iene ziemt dem Freunde der Wahrheit, diese dem humanen Manne. Ich habe diese Gränze für mich haarscharf gezogen. Das Urtheil, ob ich sie nicht überschritten habe, gebührt dem verständigen Leser.

Ich füge nichts mehr bey, als die Anzeige der Ordnung, nach welcher die Behandlung des rechtlichen Verhältnisses der Landstände in Teutschland folgen wird.

I. Das Verhältniß der teutschen Landstände

- a) zum Kaiser,
- b) zu ihrem Landesherrn,
- c) zur Nation.

II. Rechte derselben, und im Gegensatze ihre Verbindlichkeiten.

§. 15.

a) Die teutschen Landstände im Verhältnisse zum Kaiser.

Der Kaiser als Oberhaupt des teutschen Reiches hat die oberste Aufsicht über alle in Teutschland sich befindlichen Einwohner, mittelbare sowohl,

als unmittelbare. *) Die teutschen Territorien, als Theile des gesammten Reiches stehen unter seinem Schutze, und gegen allgemein verbiethende oder gebietende Reichsgesetze kann kein Landesherr in Teutschland rechtskräftig etwas verordnen. **) Wenn daher ein Regent seine landesherrliche Gewalt gegen den Zweck des teutschen Staates mißbraucht und sich Handlungen erlaubt, wodurch seinem Lande und mittelbar dem Reiche ein offener Nachtheil zugeht, oder wenn die Rechte der Landstände oder einzelner Unterthanen dadurch gekränkt werden; so können diese bey den höchsten Reichsgerichten dagegen Klage führen und der Kaiser verspricht ihnen, ihren Beschwerden abzuhelpen. ***) Die Reichsstände gaben sich immer alle Mühe, diese Klagen entweder ganz zu unterdrücken, oder doch wenigstens zu erschweren, und es entstanden hierüber verschiedene Streitigkeiten und eine Menge gelehrter Untersuchungen, bis endlich die Wahlkapitulation Leopold II. vom Jahre 1790. Art. XIX. §. 6. die Irrungen beylegte.

*) Pütters Beyträge, I Th. 18 Abh. von den besondern Bestimmungen der Landeshoheit, sofern sie noch eine höhere Gewalt von Kaiser und Reich über sich hat. S. 299. u. f.

**) Roth, Staatsrecht teutscher Reichslande. II Th. S. 104. u. f.

***) Wahlkapitulation Art. I. §. 2. Art. XV. §. 1. und Moser Betrachtungen über die kaiserliche Wahlkapitulation Josephs II. I. Th. S. 34 und II. Th. S. 156.

Die Hauptgrundsätze in Klagsachen der Landstände und übrigen Unterthanen gegen ihre Landesherren sind folgende:

1) Wird ein teutscher Landesherr von seinen Landständen oder Unterthanen als Privatperson und in seinen Privatangelegenheiten verklagt, so sind die *Austraegae* oder die Reichsgerichte das *forum competentis*.

2) Wird er in Betref der landesfürstlichen Kammer beklagt, so haben die ordentlichen Landesgerichte hierüber zu entscheiden, wenn das Land ein *Privilegium de non appellando* hat, und wenn das *Punctum quaestionis* nicht ausdrücklich für die Reichsgerichte vorbehalten oder ein anderes durch Verträge mit den Ländern und Obrigkeiten bestimmt ist.

3) Wenn aber ein Reichsstand als Landesherr belangt wird, insonderheit, wenn es die landesherrliche Obrigkeit und Regalien, sowohl überhaupt, als in specie die *iura collectarum*, *armaturae*, *seque-lae*, Landesdefension, Besatzung der Festungen und Unterhaltung der Garnison, nach Inhalt des Reichsabschiedes vom Jahre 1654. §. Und gleichwie etc. und dergleichen betrifft, (sollen und wollen der Kaiser) *ad nudam Instantiam Subditorum* keine Mandate oder Rescripte, welche Anordnungen in *meritis causae* betreffen, weder Ordinationen, noch Protectoria oder Conservatoria ertheilen, sondern nach Inhalt iltgedachten Reichsabschiedes §. Benebens sollen Kammerrichter etc. und §. Was dann Kurfürsten, Fürsten und Ständen, zuvörderst die

Auſtraegae in Acht nehmen. In dieſen Fällen urtheilen alſo die Auſtraegae und Reichsgerichte. *) Aber wenn auch die Jurisdiktion der Reichsgerichte fundirt iſt, ſo ſoll doch „ehe und bevor die Mandate, Reſkripte oder etwa in deren Stelle tretende Ordinationen ergehen, die beklagte Obrigkeit jedesmal und in allen Fällen mit ihrem Bericht und Gegenbericht zuvörderſt vernommen werden, geſtalten bey deſſen Hinterbleibung ihnen geſtattet und zugelassen ſeyn ſoll, ſolchen Mandaten oder Reſkripten, welche Anordnungen in meritis cauſae enthalten, auch Ordinationen, keine Parition zu leiſten, und wenn alſdann ſich befinden würde, daß die Unterthanen billige Urfache zu Klagen haben, ſoll dem Prozeſſe ſchlennig, doch mit Beobachtung der Subſtancialium abgeholfen, inmittelt gleichwohl ſie zum ſchuldigen Gehorſame gegen ihre Obrigkeit angewieſen werden.“ **)

Hieraus, und aus dem Begriffe, daß Teutſchland Ein Staat unter Einem höchſten Oberhaupte ſey, folget von ſelbſt, daß es den Landſtänden nicht erlaubt ſey, in Fällen, wo zwifchen ihnen und ihren Landesherren Streitigkeiten entſtehen, eine auswärtige Macht oder andere Reichsſtände, welche ihre Gerechtlame zu garantiren verſprochen, zum Richter in der ſtrittigen Sache aufzufodern; denn die Garantie von dieſer Art berechtigt nur zu einer freundschaftlichen Vermittelung oder gütlichen Für-

*) Wahlkap. Art. XIV. §. 6. Art. XV. §. 8.

**) Wahlkap. Art. XIX. §. 7. Art. XV. §. 9.

sprache beym Kaiser und dem Landesherrn. *) Jede gewaltsame Einmischung in solche Angelegenheiten, unter dem Vorwande der Garantie, wäre ein widerrechtlicher Eingriff in die Rechte des Kaisers, als Oberhaupt des teutschen Reiches, als Oberlehensherrn, Richters und Schützers der teutschen Verfassung, Geletze und Unterthanen, eine Verletzung der Landeshoheit der teutschen Reichsstände, welche in den Reichsgesetzen hoch verpönt und durch reichsgerichtliche Erkenntnisse als unerlaubt und nichtig erklärt ist. **)

Aber wie der Kaiser einerseits den Landständen Schutz gegen Bedrückungen zusichert, so verspricht er auch andererseits, sie zum schuldigen Gehorsam gegen ihre Landesoberigkeiten anzuhalten; er will, daß sie gleichen Bürden und Schuldigkeiten, wie andere Unterthanen, sollen unterworfen seyn, und verbietet, „daß die Landstände die Disposition über die Landsteuer, deren Empfang, Ausgab und Rechnungsrecessirung, mit Ausschließung des Landesherrn, privative, vor oder an sich ziehen,

*) Wie es zum Beyspiele Preussen, England und Dänemark als Garanten der Wirtembergischen Landesverträge gethan haben. Siehe Fabers neue europäische Staatskanzley. 14 Th. S. 155 — 171.

**) Reichsabschied vom Jahre 1529. §. 10. — 1541. §. 26. — 1544. §. 83. 1548. §. 1. — 1555. §. 23. Instr. pac. Osn. Art. V. §. 30. — Wahlkap. Art. I. §. 8. — Vergleiche kaiserliches Reichshofrathskonklusum vom Jahre 1783 in Sachen Löwenstein - Werthheim gegen Hessen - Darmstadt, die Unterstützung fremder Unterthanen betreffend; in der Reußischen Staatskanzley. IV. Th. S. 334,

oder in dergleichen und andern Sachen, ohne deren Landesfürsten Vorwissen und Bewilligung, Konvente anstellen und halten, oder wider des jüngsten Reichsabschieds und anderer darüber zeithero errichteten Reichsschlüsse ausdrückliche Verordnung sich des Beytrages, womit jedes Kurfürsten, Fürsten und Standes Landsassen und Unterthanen zu Besetz- und Erhaltung der einem und anderm Reichsstand zugehörigen nöthigen Festungen, Plätze und Garnisonen, wie auch zu des Kaiserlichen und des heiligen Reichs-Kammergerichts Unterhalt, an Händen zu gehen schuldig seynd, zur Ungebühr entschlagen.“*) In diesen Fällen haben Landstände und Unterthanen die unerläßliche Pflicht, zu gehorchen. Jede Klage an den Reichsgerichten oder bey dem Kaiser wird abgewiesen, und der Landesherr hat sogar die reichsgesetzmäßige Erlaubniß, sich mit Gewalt in seinen landesherrlichen Rechten gegen die Widerspenstigen zu behaupten, und kann, wenn er hiezu nicht Kräfte genug hat, selbst die benachbarten Reichsstände zu seiner Unterstützung herbeyruffen.**)

§. 16.

b) *Die teutschen Landstände im Verhältnisse zu ihrem Landesherrn.*

Die Landstände, an und für sich betrachtet, stehen unter den Regierungs- und Iustizkollegien des Landesherrn, und sind dessen Unterthanen, wie alle andere Einwohner im Staate. Selbst die

*) Wahlkap. Art. XV. §. 1. 2 und 3.

**) Wahlkap. Art. XV. §. 4 und 8.

gesammte Landschaft muß in Angelegenheiten der fürstlichen Kammer die landesherrliche Gerichtsbarkeit anerkennen. (§. 15.) Aber wenn die Landstände in allgemeinen Landesangelegenheiten oder andern gegründeten Befugnissen mit dem Landesherrn unterhandeln und darüber in Kollision gerathen, so wird der Landesherr Parthey, und in diesem Falle gebührt die Entscheidung den Austrägen oder Reichsgerichten.

Die Landstände müssen daher in einer doppelten Eigenschaft betrachtet werden:

1) als Unterthanen, und hierin haben oder sollen sie nichts vor andern Staatsbürgern zuvor haben, und 2) als ein Corpus, an dessen Konsens der Landesherr bey Ausübung gewisser Hoheitsrechte nothwendig gebunden ist.

Der erste Punkt gehört nicht in seinem ganzen Umfange hieher, weil wir nicht von der Unterthanschaft, sondern von den Gerechtsamen der Landstände zu sprechen haben. Indessen, was davon hier einschlägig ist, soll nicht unberührt übergangen werden. Vollständig muß aber der zweyte untersucht werden, und in dieser Hinsicht ergiebt sich gleich anfangs eine merkwürdige Frage, deren richtige Auflösung die wahre Grenzlinie zwischen dem Landesherrn und den Landständen mit aller Schärfe absteckt.

Schlözer*) und Mehrere nach ihm, halten diese Untersuchung zwar nur für eine scholastische Frage; allein davon kann ich mich unmöglich überre-

*) Allgemeines Staatsrecht. S. 145.

den; denn bloße Schulfragen nenne ich leere, gehaltlose Spekulationen, ohne praktischen Nutzen und Vorthail; ist aber dieß hier der Fall? — Die Folge wird es lehren. Ich glaube vielmehr, daß die landesherrlichen und landständischen Gerechtsame gar nicht einmal streng bestimmt werden, wenn nicht diese Frage zuvor ins Reine gebracht wurde. Doch zur Sache. Die accentirte Frage heißt:

Wenn der landständische Konsens bey Ausübung gewisser Hoheitsrechte nothwendig erfordert wird, sind die Landstände deswegen Mitregenten des Landesherrn? —

Die Landeshoheit der teutschen Reichsstände ist der Inbegriff der ganzen Staatsgewalt in einem teutschen Territorium unter dem höhern Oberhaupte des gesammten teutschen Reichstandes. Sie ist den Reichsständen allein, und ohne alle Concurrenz der Landstände von der Reichsgewalt eingeräumt. *) Der westphälische Friede theilte den Reichsständen uneingeschränkte Landeshoheit unter der einzigen Klausel zu, nichts gegen Kaiser und Reich zu unternehmen. **) Eben so ist auch in der Wahlkapitulation allen und jeden unterlagt, denselben in ihren Territoriiis in Religions-, politischen, Justiz-, Ka-

*) Vergleiche: Gönner, über das rechtliche Prinzip der teutschen Territorialverfassung. Ein Programm zu Himmelfstofs's Versuch einer Entwicklung des Begriffes und der rechtlichen Verhältnisse der Regalität in Teutschland. Landshut 1804. 8. S. 23. u. f.

**) Instr. pac. Osn. Art. VIII. §. 1 und 2.

meral- und Kriminal- Sachen sub quocunque praetextu vor- oder einzugreifen. *) Nirgends ist und kann hier eine Rede von landständischer Mitregierung eines Reichslandes seyn. Sollten sich aber doch die Landstände durch Verträge oder wie immer eine Art von Mitregierung von den Landesherren erworben haben: so ist das ein widerrechtlicher Eingriff in die reichsständische Landeshoheit, welchen die angeführten Gesetze verbieten und die Reichsgerichte für null und nichtig erklären. **) Der Grund, worauf die höchsten Reichstribunale ihre Entscheidung bey vorfallenden Streitigkeiten hierüber fassen, ist: Die Landeshoheit sey ein Reichslehen, und die Reichsstände als Vasallen könnten dasselbe nicht zum Nachtheile des Kaisers oder Prodomini deterioriren. Aber die Ursache liegt tiefer. Die Reichsgewalt regiert durch die Landesherren; denn eine nicht regierende Staatsgewalt wäre Widerspruch, die das Prinzip zur Auflösung des Staates schon in sich enthielte, und die Landeshoheit ist eigentlich nichts anders, als eine Reichsanstalt zur Regierung der Theile des teutschen Gesamtstaates. Ein Reichsstand kann also seine Macht, die ihm von der Reichsgewalt übertragen ist, nicht nach Belieben beschränken oder veräußern. Daher vernichtet

*) VVahlkap. Art. I. §. 8. Vergleiche Art. I. §. 2. 9 und a. m.

**) Ickstadt Vindiciae territorialis potestatis adversus capitulationum, compactatorum et literarum reversalium abusus imperii R. G. principatibus passim inolecentes. Monachii et Ingolstadii 1759. §. 30 — 47.

der Kaiser, als Kustos legum et Konstitutionis, jeden Vertrag, wodurch die Landeshoheit in ihren wesentlichen und reichsgesetzmässigen Eigenschaften beeinträchtigt wird.

Hieraus ergibt sich also das Resultat, daß die Landstände keine Mitregenten des Landesherrn sind und auch nicht seyn dürfen. Die Wichtigkeit der Beantwortung dieser Frage wird noch mehr in der Folge einleuchten. — Wir wollen also die Gerechtsame der Landeshoheit einer nähern Prüfung unterwerfen und untersuchen, bey welchen die landständische Konkurrenz erfordert werde, und bey welchen nicht. —

§. 17.

Von der gesetzgebenden Gewalt teutscher Landesherren.

Die Landeshoheit eines teutschen Reichsstandes, wie wir gehört haben, begreift überhaupt alle Hoheitsrechte in sich, welche nach Grundsätzen des reinen Staatsrechts in der höchsten Gewalt liegen, die kaiserlichen Reservatrechte allein ausgenommen. Die Gesetzgebungsgewalt ist eines der wichtigsten davon. Vermöge dieser kann der Landesherr allein neue Gesetze geben, dieselben authentisch interpretiren, davon dispensiren, alte Gesetze aufheben, verändern, auf ihre Befolgung dringen u. s. w. Die Landstände, da sie keinen Antheil an der Landeshoheit haben, können auch keine Konkurrenz bey der gesetzgebenden Gewalt verlangen, und der Landesherr kann sich dieses Hoheitsrechtes, wie ich oben dargethan habe, nicht einmal durch Verträge

begeben. Auch scheint die landständische Verfassung auf gar keinen Einfluss in die Gesetzgebung berechnet zu seyn; denn die gesetzgebende Gewalt muss immer wirksam seyn. Welche Folgen ließen sich aber erwarten, wenn der Landesherr vorerst eine Weile mit den Landständen zu unterhandeln hätte, ob auch sie in seinen gefassten Entschluss willigen!! — Ueberdies folgt auch schon aus dem Begriffe eines Gesetzes, dass der landständische Wirkungskreis hiezu nicht geeignet sey; denn Gesetze sind Normen, welche der Regent für die Handlungsweise der Unterthanen vorschreibt, — und also privatrechtliche Angelegenheiten; diese ressortiren aber nicht zur Thätigkeit der Landstände. Indessen würde durch die Gesetzgebung ein wesentlicher Theil der Konstitution geändert, oder die Unterthanen dadurch widerrechtlich beschwert: so wäre im ersten Falle die landständische Einwilligung unumgänglich nothwendig, im zweyten aber eine ehrerbietige, jedoch standhafte Vorstellung dagegen Pflicht der Landstände, die aber nicht aus der Konkurrenz zur Gesetzgebung, sondern aus ihrer Bestimmung flösse.

Es ist mir unbegreiflich, warum Häberlin, *) Roth **) und andere Schriftsteller diese Prämissen als wahr und richtig erkennen, zum Theile selbst vertheidigen, und doch eine landständische Konkur-

*) Handbuch des teutschen Staatsrechts 2 Band, 5 Buch, 2 Kap. und 6 Buch, 3 Kap.

**) Staatsrecht teutscher Reichsstände, 2 13. VI. Kap.

renz bey der Gesetzgebung für nothwendig erklären, aus den Gründen, weil Herkommen und Verträge (gegen das Princip der Landeshoheit) den Landständen diese Konkurrenz einräumten, weil sie die genaueste Kenntniss aller Theile des Landes u. d. gl. besitzen, *) oder weil Klugheit und Billigkeit es heischen !!

Was dem Rechte widerspricht, soll nicht seyn, und was Klugheit oder Nothwendigkeit gebent, ist nicht immer recht. — Dafs in einigen Ländern, wo die Landstände grosses Gewicht haben, der Landesherr keinen Schritt thun darf, ohne die Stände zuvor um ihre Einwilligung gefragt zu haben; und in andern, wo der Fürst alles vermag, die Landstände froh seyn dürfen, wenn man sie aus Gnaden nur einiger Aufmerksamkeit pro forma würdiget, weifs ich, und noch mehr; aber Thatfachen begründen kein Recht, es fragt sich allezeit um ihren Rechtsgrund, und Regeln der Klugheit und Billigkeit lasse ich unberührt, da ich nicht zu erörtern habe, was politisch gut und räthlich, sondern was Rechtens ist. —

Die gesetzgebende Gewalt steht also dem Landesherrn allein zu.

§. 18.

II. Von dem Kriegs-, Bündnisse- und Friedensrechte teutscher Landesherren.

Es scheint mir unnöthig, sogar fehlerhaft zu seyn, diese 3 Punkte abgesondert zu behandeln, da

*) Roth a. a. O. S. 101. und Häberlin a. a. O. S. 52. Vergleiche damit, was er S. 73. n. 1. sagt.

sie auf einem und dem nämlichen Prinzipie beruhen, und korrelative Begriffe sind; denn mit dem Rechte, Krieg zu führen, ist nothwendig auch die Befugniß, Frieden zu schliessen und alle erlaubte Mittel anzuwenden (*Ius foederis*), seinen Feind zu überwältigen, schon ausgesprochen. — Das Recht, Alliancen einzugehen, Soldaten zu werben, Festungen und Waffenplätze anzulegen, Geiseln zu geben und zu nehmen, das Recht der Folge, Reis, Musterrung, Oeffnung und Besetzung u. s. w. sind daher nur verschiedene Mittel zur Erreichung des nämlichen Zweckes. Aber desto wichtiger ist der Unterschied zwischen Reichs- und Territorialkriegen, welcher über die Untersuchung der Frage, ob bey Krieg, Bündniß- und Friedensschlüssen die landständische Konkurrenz nothwendig sey oder nicht, viele Aufklärung verbreitet.

Wenn Teutschland in seiner Gesammtheit einen Krieg führt, so ist das nur unter der Bedingung eines Reichschlusses möglich, der nach dem Geiste der teutschen Reichsverfassung und nach klaren Worten der Reichsgrundgesetze*) den Konsens der Reichstände und die Ratifikation des Kaisers voraussetzt. Das Nämliche gilt auch bey Bündnissen und Friedensunterhandlungen. **) Die Armee wird von den Reichständen auf die Beine gebracht, und muß von den Unterthanen derselben ohne Aus-

*) Instr. pac. Osn. Art. VIII. §. 2. und Wahlkap. Art. IV. §. 2.

**) Wahlkap. Art. VI. §. 1.

nahme unterhalten werden. *) Ein gleiches Verhältniß findet auch in Kreisangelegenheiten Statt. **)

In allgemeinen Reichskriegen ist also jeder Reichsstand verbunden, seine reichsgesetzmäßige Hülfe zu leisten und sie aus den Beyträgen seiner Unterthanen zu unterhalten. Bey Bündnissen und Friedensschlüssen wird ihre Einwilligung allein erfordert, und jede landständische Konkurrenz ist ausgeschlossen und muß es seyn, weil, wenn Teutschland als Ein Staat handelt, sogar die Existenz der Landstände ignorirt wird.

Die Reichsstände können aber auch auffer dem Reichsverbande betrachtet werden, indem ihnen nach den Reichsgesetzen gegen auswärtige Staaten der ausgedehnteste Gebrauch des Völkerrechtes zusteht; und in dieser Hinsicht fragt es sich denn wieder, ob ein teutscher Landesherr auch hier unbedingt das Recht habe, ohne Einwilligung seiner Landstände Krieg zu führen und Frieden und Bündnisse zu schliessen? —

Wenn man einerseits die schlichten Worte des Osnabrücker Friedensinstrumentes Art. VII. §. 2. und der Wahlkapitulation Art. VII. §. 4. betrachtet, so erhellet daraus, daß die Reichsstände schon vermöge Landeshoheit das Recht haben, Krieg zu führen

*) Gerstlachers Handbuch der teutschen Reichsgesetze 7 Th. S. 967—973.

**) Strubens rechtliche Bedenken II. Th. S. 72.

ren und Bündnisse und Frieden abzuschließen. *) Von einer landständischen Konkurrenz geschieht nirgends eine Erwähnung: — Bedenkt man aber andererseits, daß es Pflicht des Landesherrn sey, nichts zum offenbaren (oder hier wenigstens sehr wahrscheinlichen) Nachtheile der Unterthanen und des Landes zu unternehmen, wogegen des Kaisers Schutz eintreten müßte; **) und erwägt man, daß der Krieg eines Reichsstandes nicht gegen den Kaiser, das Reich und den allgemeinen Landfrieden seyn dürfe, daß die Territorialgränze nicht ohne Einwilligung des Reiches und der dabey interessirten Kreise, ***) so wie auch der Regel nach nicht ohne Mitwirkung der Successionsberechtigten könne verändert werden, deren Unverletzlichkeit aber immer nur von dem problematischen Ausgange des Krieges abhängt: so wird das reichsständische *Ius belli, foederis et pacis* in einen sehr kompendiösen Wirkungskreis eingeeengt, und findet, wie ich dafür halte, nur in folgendem Falle Statt:

Gegen Mächte, die außer dem teutschen Staatsverbande sind, hat jeder teutsche Reichsstand das Recht, zu seiner Sicherheit und Wohlfahrt Krieg zu führen und Bündnisse mit andern Reichsständen oder auch auswärtigen Nationen zu schließen, so

*) Schmidts neuere Geschichte der Teutschen, fortgesetzt von Milbiller. Ulm 1803. 8. Band 12. S. 254. u. f.

**) Wahlkap. Art. XV. §. 1.

***) Wahlkap. Art. X. §. 5. 10. — Gerstlacher a. a. O. II Th. S. 315 — 360. — Reufs Staatskanzley, I Th. S. 59. III Th. S. 1. XII Th. S. 1.

fern derselbe Kräfte und Selbstständigkeit genug hat, im Kriege auszuharren, ohne die benachbarten Reichsstände zu gefährden, den Kreis und das Reich in Gefahr und Schaden zu setzen, und ohne die reichsständischen Pflichten gegen Kaiser und Reich zu verletzen. *)

Diese Befugniß haben die teutschen Landesherren nach dem Sinne und einer gefunden Analogie aus den Reichsgrundgesetzen, ohne daß diese Gesetze von einer Konkurrenz der Landstände eine Erinnerung machen.

Wenn aber der Landesherr nur vorgiebt, der Krieg sey nothwendig oder nützlich, wenn kriegerischer Geist und natürlicher Ungestümm ihn verleiten, daran Theil zu nehmen, wie es bey den meisten kleinern nördlichen Reichsständen in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts der Fall war, welche fast alle an dem Kriege in Norden Theil nahmen: **) sollten nicht wenigstens hier die Landstände ein Wort darein zu sprechen haben?

Das läugne ich nicht, als Fürsprecher der Nation mögen sie wohl dem Landesherrn über die Kräfte der Nation Vorstellungen machen, die Aus-

*) Sehr gegentheiliger Meinung ist die Schrift: Unpartheyische Gedanken über die Unabhängigkeit einzelner teutscher Reichsstände in Beziehung auf auswärtige Mächte und über ihr Recht, mit denselben Krieg zu führen. Frankfurt und Leipzig 1792.

**) M. I. Schmidt's Geschichte der Teutschen, fortgesetzt von Milbiller, 17 Th. 8. Ulm 1803.

sichten, und Hoffnungen des Krieges schildern, und alle erlaubten Mittel anwenden, um ihn von dem für das Land schädlichen und nachtheiligen Unternehmen abzuhalten. Aber es fragt sich hier eigentlich nur darum, ob die Landstände bey Krieg, Bündnis- und Friedensschlüssen mit einem votum decisivum konkurriren, und das wird und muß jeder teutsche Staatsrechtskundige ihnen absprechen.

§. 19.

Ueber das Repräsentationsrecht der teutschen Landstände.

Ich mache hier eine scheinbare Abweichung von meinem vorgezeichneten Plane, die landesherrlichen Rechte aufzuzählen und die Konkurrenz der Landstände dabey zu prüfen, aber freylich nur eine scheinbare; denn bekanntlich ist die repräsentative Eigenschaft die mächtige Aegide, worunter die Landstände noch an vielen Gerechtsamen des Landesherrn Antheil nehmen, wir müssen also zuerst diese untersuchen, um zu sehen, ob sie wahre Repräsentanten des Landes sind, und wie weit sich ihre Rechte in dieser Hinsicht erstrecken.

Nach der reinen Idee einer Gesetzgebung können die Gesetze des Staates nur aus dem allgemein vereinigten Volkswillen hervorgehen; denn er ist allein die gesetzgebende Gewalt im Staate und das Prinzip alles Rechtes, weil er mit sich selbst nicht im Widerspruche seyn kann. Da aber für das Volk die wirkliche Ausübung dieses Rechtes der Gesetzgebung unmöglich ist, weil alle active Staatsbürger, als die allein stimmenfähigen Glieder, immer ver-

sammelt seyn müßten, und auf diese empirische Art auch keine Gesetze zu erwarten wären, welche als Resultat der reinen rechtlich gesetzgebenden Vernunft könnten betrachtet werden: so muß diese Idee des vereinigten Volkswillens *) durch eine Stellvertretung, Repräsentation, — von was immer für einer Form — realisirt werden. **) In diesem Sinne wird der Landesherr, welchem die gesetzgebende Gewalt von der Nation übertragen ist, Repräsentant des Staates genannt und im Geiste dieser Idee fragt sich:

§. 20.

Können die teutschen Landstände Repräsentanten des Landes seyn? —

Es ist ganz klar, daß der ursprüngliche Vertrag, als eine rechtlich praktische Idee, die das Prin-

*) Seit I. I. Rousseau's Zeiten treibt man viel Unwesen mit dem Worte Volonté generale, und täuscht den gemeinen Mann, wie Schlözer in seiner Staatsgelahrtheit I. 76. richtig bemerkt; indessen doch Rousseau nichts anders darunter verstand, als was Kant Selbstgesetzgebung der Vernunft nennt. Wie wahr diese Behauptung sey, vernehme man aus seinen eigenen Worten. Er sagt im Contract social I. 6. Le Corps politique a-t-il un organe, pour énoncer ses volontés? Comme une multitude aveugle, qui souvent ne fait, ce qu'elle veut, parce qu'elle fait rarement ce qui lui est bon, executeroit-elle d'elle même une entreprise aussi grande, aussi difficile, qu'un Systeme de Legislation. De lui même le peuple veut toujours le bien, mais de lui même il ne le voit pas toujours.

**) Reiner, allgemeine Rechtslehre nach Kant. S. 138. u. f.

zip der Gründung, Einrichtung und Erhaltung jedes Gemeinwesens ist, zu seiner Gültigkeit keinen empirischen Akt voraussetzt, daß also der Landesherr Repräsentant der Nation sey, ohne daß die Landesunterthanen zu Folge eines Beschlusses demselben die Stellvertretung übertragen hätten; denn wie wenig hier die Existenz einer solchen Begebenheit nothwendig sey, beweist bis zur Evidenz der westphälische Friede und die letzte Ländertheilung vom Jahre 1803, wo an den faktischen Konsens der Unterthanen gewiß nie gedacht wurde.

Der Landesherr ist also zu Folge des ursprünglichen Vertrages, als einer Idee, Repräsentant der Nation. Eben so können auch die Landstände als Repräsentanten des Landes gedacht werden, ohne daß man nöthig hätte, zu einem Vertrage als Faktum seine Zuflucht zu nehmen, worinn die Unterthanen eine ausdrückliche, oder stillschweigende Vertretung den Landständen übertragen hätten; denn könnte wegen des Mangels dieser Uebertragung die landständische Repräsentation umgestossen werden: so träfe das nämliche Loos auch jene des Landesherrn; und der alles zermalmenden Konsequenzenmacherey, und der daraus entspringenden fürchterlichen Folgen wäre kein Ende. Aber wer möchte etwas wissenschaftlich Gedachtes mit historischen Gründen bestreiten wollen? — Daß daher an dieser Repräsentation sowohl des Landesherrn, als der Landstände, weder Erblichkeit, noch Wahl der Stellen etwas ändere, sieht man wohl ohne Mühe ein, da sie von diesen empirischen Akten unabhängig

gedacht werden muß. Nicht einmal der Antheil aller Volksklassen (dieser gewöhnliche Stein des Anstosses), wenn sie auch stimmenfähig wären, ist bey der Repräsentation nothwendig; denn Niemand wird läugnen, daß die Reichsstände die ganze Masse des teutschen Reiches repräsentiren und doch haben die unmittelbare Reichsritterschaft, mehrere unmittelbare Ganerbschaften und Dynastien (die ehemaligen Reichsdörfer) weder Sitz, noch Stimme auf dem Reichstag, folglich keinen Antheil an der Repräsentation, und werden doch repräsentirt. Ganz konsequent; denn eine Staatsrepräsentation begreift das ganze Land und alle Bewohner in sich, und jeder Theilnehmer an der Repräsentation vertritt nicht die Hinterlassen, Brinksitzer oder Häuslinge seines Gutes, sondern das ganze Corpus der Landstände vertritt den ganzen Staat,*) und jedes einzelne Mitglied der Landstandschaft hat unzertrennlichen Antheil an der Staatsrepräsentation zu Folge des Besitzes von Gütern, auf welchen die Landstandschaft haftet, oder die Befugniss, auf Landtagen das Sitz- und Stimmrecht in Landesangelegenheiten auszuüben.**)

*) Iakobi, über das Alter und die Repräsentationsrechte teutscher Landstände. §. 51.

**) F. B. Weber, ökonomisch-juristische Abhandlung über die Rittergüter, deren Eigenschaften, Rechte, Freyheiten und Befugnisse in Teutschland, und besonders in Kurfachsen. Leipzig 1802. 8. S. 184. — und Seger D. de Conjunctione Loci et Suffragii in Comitibus provincialibus cum Dominis praediorum nobilium. Lips. 1769. §. 19.

Zwar will ich hiemit nicht gesagt haben, daß eine vollkommene Repräsentation die Gleichstellung der Mitglieder aller freyen Landeigenthümer aus jedem Landesbezirke nicht erfodere. Davon bin ich zu sehr überzeugt. Die Vollkommenheit einer repräsentativen Verfassung erheischt diese Anordnung allerdings. Aber davon spreche ich izt nicht. Ich wollte nur zeigen, daß im rechtlichen Begriff einer Repräsentation keine Ursache liege, warum die Landstände nicht eben so, wie die Landesherren Repräsentanten des Landes seyn könnten.

Also haben die Landstände mit den Landesherren eine gleiche repräsentative Eigenschaft?

Geduld! — In unbeschränkten Monarchien ist der Fürst das einzige Subjekt, welches die oberste Gewalt allein ausübt, und also auch der einzige Repräsentant des Staates. Aber sind denn eingeschränkte Monarchien keine rechtmäßigen Verfassungen? Handelt in dieser der Landesherr nicht mehr als Repräsentant des Staates? — Zuverlässig. Es sind nur neben ihm noch andere Subjekte durch die Konstitution berufen, an deren Konsens der Regent, da, wo seine Willkühr nicht allein entscheiden soll, gebunden ist, und welche als Kontrolle auf bestimmte Hoheitsrechte wirken sollen. Sie haben neben der landesherrlichen Repräsentation eine auf bestimmte Fälle beschränkte Repräsentation, damit der Herrscher von seinen Herrscherrechten keinen Mißbrauch mache. Die Repräsentation des Landesherrn ist also von jener der Landstände verschieden; diese ist allgemein, jene auf bestimmte Fälle beschränkt.

Ich zeigte seither aus dem Begriffe einer Repräsentation, daß die Landstände Repräsentanten seyn können, ohne daß sie eine Uebertragungsurkunde nöthig hätten. Es war nur von der Möglichkeit die Rede, und hier fand sich kein Widerspruch. Weil aber dem Schlusse von der Möglichkeit zur Wirklichkeit die Folgerichtigkeit mangelt, so müssen wir auch noch die folgende Frage lösen:

§. 21.

Sind die teutschen Landstände wirkliche Repräsentanten des Landes?

Die Beantwortung dieser Frage scheint eine historische Deduktion zu fodern, und es ist auch nicht zu läugnen, daß ihr etwas Faktisches unterliegt, aber selbst dieses muß wissenschaftlich beurtheilt werden.

Die Landstände in Teutschland verdanken ihr Daseyn nicht einer Wahl der Unterthanen, sondern der Sanktion der Reichsgrundgesetze, welche mit der Landeshoheit der teutschen Reichsstände auch zugleich ihre Beschränkung durch Landstände ausgesprochen haben. Sie bestehen aus einem Theile der Landesunterthanen, deren Einstimmung und Beyrath auf die Ausübung der landesherrlichen Staatsgewalt wirken soll. Diefs ist aber nicht anders, als durch Stellvertretung der Nation denkbar, also sind Landstände auch Repräsentanten des Landes.

Zwar sagt man dagegen: Die Landstände können die Nation nicht repräsentiren, weil ihre Privi-

legien und andern Freyheiten sie zu Gegnern der Nation machen, und eine Parthey die Gegenparthey nicht vertreten könne.

Dieser Einwurf hätte Grund, wenn er die Repräsentation beträfe, aber er gilt eigentlich nur dem Daseyn der Landstände. Die repräsentative Eigenschaft derselben haben die Reichsgesetze sanctionirt, sie darf und kann nicht durch schiefe Einwürfe deraisonirt werden. Aber welches Dokument enthält die reichsgesetzliche Sanktion der landständischen Privilegien? Sind sie ein Bestandtheil der Landesverfassung oder der Landstandschaft, vielleicht gar unwiderruflich? — Warum klebt man noch immer an dieser gothischen Fratze? — Wir erkennen und fühlen das Drückende und Unpassende dieser veralteten Formen und überschreiten doch nicht mit einem Fußtritt die Grenzen der Vorwelt. Ist doch ein kleines teutsches Ländchen, dem höhern Genius der Zeit folgend, mit dem erhabensten Beyspiele schon im Jahre 1799 vorangegangen. *) Warum läßt man dieses trefliche Vorbild unbenützt, bis gesetzlose Willkür die lästigen Fesseln zerbricht, und wegen unnützer und schädlicher Zierathen auch das an sich gute Gebäude zu Boden stürzt? — Jede wahre staatsrechtliche Regierungsform muß und kann nicht anders, als ein repräsentatives System seyn, aber nicht privilegirter Kasten, deren Zweck Sklaverey ist, sondern des Volkes, damit durch seine

*) Mehrere Aufklärung hierüber findet man in Häberlins Staatsarchiv. 17 H. S. 22.

Abgeordneten die Rechte aller Staatsbürger aufrecht erhalten werden, sonst ist sie eine Regierungsform. — Das will die Natur eines Staates, das wollen die positiven Reichsgesetze.

Die Landstände haben also repräsentativen Charakter. Aber ein Anders ist die folgende Frage:

§. 22.

Wie weit erstreckt sich die Repräsentation der teutschen Landstände?

Hier finden wir die Wahrheit des Satzes bestätigt, daß sich die Extreme berühren. Die Landstände und ihre Gegner giengen zu weit und verfehlten die Wahrheit; jene, indem sie eine wissenschaftliche Repräsentation aus historischen Gründen bestritten, und diese, da sie den Grund für die historische Erweiterung ihrer Gerechtsame aus einer scientificischen Darstellung ihrer Rechtsverhältnisse ableiteten.

Wenn man die bestehenden Verfassungen mit philosophischem Geiste durchforschen will, so darf man nie das Wissenschaftliche zum positiven Satze für die Untersuchung aufstellen; sondern in der empirischen Verfassung muß das Rechtsverhältniß wissenschaftlich dargestellt werden, sonst sinkt man entweder zum Doktor Observantius herab, oder versteigt sich in luftige Regionen. Es darf also hier nicht untersucht werden, welche Rechte die Landstände haben, sondern in welcher Rechtsqualität sie ihre durch die Landesverfassung bestimmten Rechte ausüben. —

Die Landstände drehten die Frage um, erhoben ihre Repräsentation zum allgemeinen Prinzip, und eigneten sich alle Rechte zu, welche das reine Staatsrecht den allgemeinen Nationalrepräsentanten beyleget, anstatt daß sie die Ausübung ihrer Rechte, welche ihnen die reichsgesetzliche Territorialverfassung einräumt, hätten bestimmen sollen.

Die landständische Repräsentation erstreckt sich nicht weiter, als ihre Rechte, die landesherrliche Gewalt zu beschränken, sich ausdehnen. Die Reichsgesetze fodern den Konsens der Landstände bey Steuererhebungen und zur Kontrahirung der Landesschulden (weil diese anticipirte Steuern sind) als unumgänglich nothwendig. So weit handeln sie im Namen und als Repräsentanten des Landes. Alle übrigen Fälle lassen die Reichsgesetze unbestimmt. Aber ich habe oben dargethan, daß jeder Eingriff in die Landeshoheit, außer den beiden obengenannten Fällen, es mögen ihn Verträge oder Herkommen unterstützen, widerrechtlich und an sich nichtig sey. Indessen alle übrigen Handlungen des Regenten, die außer der Sphäre seiner Landeshoheit liegen, sind Gegenstände, welche durch Landesverträge und Gesetze bestimmbar sind.

Die landständische Repräsentation erstreckt sich also nur auf Steuererhebungen und Kontrahirung der Landesschulden.

§. 23.

Von der landständischen Konkurrenz bey öffentlichen Abgaben.

Ich habe schon oben in Erwähnung gebracht, daß man in ältern Zeiten nichts von eigentlichen

Steuern wußte. Wie der Landmann von den Reichen des Bodens lebte, so unterhielt der Fürst sich und die Seinigen vom Ertrage seiner Kammergüter und bestritt davon die Ausgaben. In der Folge, als Regierungsanstalten, stehende Miliz, und orientalischer Luxus an den teutschen Höfen die vorigen Einkünfte unzureichend machten, nahmen die Fürsten zur Besteuerung ihrer Landeseinwohner die Zuflucht, und erhielten aus dem Beutel derselben mit Erlaubniß der reichen Güterbesitzer des Landes wiederholte Beyträge, welche durch die beständige Noth der Fürsten und das Herkommen gleichsam zur Nothwendigkeit wurden. Wie die Fürsten hatten das nämliche Loos auch die Kaiser. Arm an Reichsdomainen mußten sie in wichtigen Reichsangelegenheiten Unterstützung von den Reichständen heischen; weil aber diese selbst nichts hatten, so traf zuletzt das Geben immer die Unterthanen. Mehrere Reichsgesetze verpflichteten die Unterthanen zu gewissen Steuern als Schuldigkeit, und so wurden die zuvor freywilligen Abgaben, Beden, Petitiones, wie man sie nannte, in gewissen Fällen gesetzliche Nothwendigkeit.

Hieher gehören als Reichsabgaben:

- 1) Steuern zu Römermonaten, auch Naturallieferungen, wenn sie von reichswegen zur öffentlichen Sicherheit verwilliget wurden, Unterhalt des Reichskontingents bey Reichskriegen etc. Reichsabschied vom Jahre 1543. §. 24. und Wahlkapitulation, Art. IV. V.

- 2) Steuern zur Aufrechthaltung der Kreisverfassung, zum Unterhalt der Truppen, zur Handhabung des Landfriedens. Reichsexekutionsordnung vom Jahre 1555. §. 81. 82.
- 3) Steuern zum Unterhalt des Kammergerichts. Reichsabschied vom Jahre 1654. §. 14. Wahlkap. Art. XV. §. 3. und Reichsschluss vom Jahre 1720. d. 3. Nov.
- 4) Steuern für die Gefandtschaftskosten, zu Reichsdeputations- und Kreiskonventen. Reichsschluss vom Jahre 1670.

Diese Steuern sind wahre Reichslasten, und unabhängig von allem Territorialnexus. Hierin gilt kein Steuerprivilegium, Fürst und Unterthanen müssen nach Maassgabe ihres Vermögens gleich dazu beytragen. *) Der Grund des Besteuerungsrechtes ruht in der Reichsgewalt; die Reichsstände haben nur das Subkollektationsrecht, welches ehemals die Reichspfennigmeister ausübten und die Landstände können hier nicht über die Frage entscheiden, ob diese Steuern geleistet werden müssen, wohl aber darüber, wie sie zu erheben sind, sofern kein regulirter Steuerfuß im Lande eingeführt ist. Der Landesherr muss das Quantum der gefoderten Hülfe bekannt machen, **)

*) Reichsabschied vom Jahre 1543. §. 24. 1544. §. 11. 1548. §. 102. 1555. §. 82.

**) Reichsabschied vom Jahre 1555. §. 82.

und über die Erhebungsart mit den Landständen unterhandeln. *)

Außer diesen Reichsabgaben wurden auch noch in den Territorien Steuern zum Unterhalt und gemeinen Besten des Landes gang und gäbe. Diese sind entweder nothwendig zur Erhaltung des allgemeinen Staatszweckes, und haben ihren Grund in den Reichsgesetzen, Landesverträgen und Herkommen; oder freywillig, wenn sie vom Willen der Gebenden abhängen.

Die Reichsgesetze erklären alle Steuern für nothwendig, welche zum Unterhalt der nöthigen Festungen, Garnisonen und überhaupt zur Vertheidigung des Landes gehören. **)

Nach Partikularstaatsgesetzen sind alle Abgaben für Befoldung der Staatsdiener, Polizey, Brücken- und Strassenbau, Sicherheit, Kriegs- und Landschäden, Tilgung der Staatsschulden und Nationalunterricht, so weit die Fonds nicht zureichen, als nothwendige Steuern anzunehmen. In jedem Falle muß der Landesherr den Landständen über die Summe, die Art der Erhebung und Verwendung der Steuern die Miteinsicht zugestehen. ***) Denn

*) Reichsabschied vom Jahre 1542. §. 53.

**) Reichsabschied vom Jahre 1654. §. 180. und Wahlkap. Art. XV. §. 3.

***). Wahlkap. Art. XV. §. 3. — Strube Nebenstunden 4 Th. 30 Abh. — Selchows neue Rechtsfälle, 3 Th.

1) in Hinsicht der Frage, wie die Steuern erhoben werden sollen, erklären die Reichsgesetze unumwunden, daß die Landstände mit ihrem Konsens und Beyrath sollen gehört werden. Der Reichsabschied vom Jahre 1542. §. 53. sagt deutlich: „Kurfürsten, Fürsten und Stände, welche sich mit ihren Unterthanen der Türkenhülfe halber vertragen oder vergleichen,“ und am Ende: „Doch soll hiemit gemeinen Ständen anderer Sachen und vorfallenden Nothdurften halber sich mit ihren Unterthanen von wegen gebührender Anlag zu *vergleichen* und zu belegen unbenommen seyn.“ Mit Recht bemerkt hier Moser von der Landeshoheit in Steuerfachen S. 17, daß die Reichsstände ihre Unterthanen nicht zu besteuern befugt wären, bevor sie sich nicht mit denselben oder eigentlich mit den Landständen, welche die Steuern damals, wie noch heut zu Tage bewilligten, einen Vergleich darüber geschlossen hätten. Es unterstützt auch der Geist der Reichsgesetze, die reichsgerichtlichen Urtheile, *) und das Betragen aller Reichsstände in diesem Punkte die Wahrheit dieser Behauptung vollständig. **)

S. 127. — Moser von der Landeshoheit in Steuerfachen, S. 27. Pütters Rechtsfälle. I B. 68 B. — Patriotische Betrachtungen über das Besteuerungsrecht in Teutschland. §. 6.

*) Moser's alte und neue Reichshofrathskonklusa. I Th. S. 9. 12. 19. — Fabers Staatskanzley. 4 Th. S. 495. und a. m.

**) Strube, observationes Iuris et historiae Germanicae. obs. 4. §. 8. 9. 12. 13. 14. — und dessen Nebenstunden. 2 Th. 10 Abh. 4 Th. 30 Abh.

2) Ueber die Art der Erhebung ist eben so von Seite der Fürsten mit den Landständen zu unterhandeln; denn aus dem vorigen angeführten Reichsgesetze folgt von selbst, daß auch sie Bedingungen zu setzen haben, wie zum geringsten Nachtheile der Unterthanen die Steuern aufzubringen seyen.

3) Was aber die Verwaltung der eingebrachten Steuern betrifft, so ist es mir unbegreiflich, daß noch Territorialstaaten in Teutschland zu finden sind, wo die Landstände eine eigene Kasse für die verwilligten Steuern haben, woraus sie dem Landesherrn nach langem Markten und Verhandeln die geforderten Summen zugestehen, indem doch die Wahlkapitulation ausdrücklich sagt: „Auch nicht gutheissen, noch zugeben, daß die Landstände die Disposition über die Landsteuer, deren Empfang, Ausgab und Rechnungsrecessirung, *mit Ausschliessung des Landesherrn, privative vor und an sich ziehen.*“*) Kann doch kein Gesetz deutlicher sprechen und weniger einer willkürlichen Auslegung unterworfen seyn, und doch findet man noch das Gegentheil davon?

Es klingt höchst sonderbar, wenn man noch heut zu Tage hören muß: Die Landstände hätten dieses Recht hergebracht, also könnte es ihnen auch nicht genommen werden. Die Zeiten sind verändert und wir mit ihnen. Wo existirte doch im Mittelalter, woher man gewöhnlich dieses Herkommen ableitet,

*) Wahlkap. Art. XV. §. 3.

ableitet, ein richtiger Begriff von Staat, Staatsverwaltung, und von den wechselseitigen Rechten und Pflichten des Regenten und der Staatsbürger, deren rechtliches Verhältniß erst eine Frucht der Bemühungen unserer Tage ist. Es ist doch auffallend, daß man die Rechtlichkeit der öffentlichen Handlungsweise in unsern itzigen Staatsverfassungen immer aus einem anarchischen Zustande ableitet, und darnach auch beurtheilt. Wissen denn diese treuen Anhänger der Observanz nicht, daß Folgen einer gesetzlosen physischen Gewalt kein Herkommen begründen? Oder sollen wir ewig im rechtlosen Zustande bleiben?— Der Landesherr ist verbunden, bey allgemeinen Reichsabgaben die Summen bekannt zu machen, welche sein Territorium beyzutragen hat, und muß die Landstände über die Art der Erhebung konsultiren. Wegen der Verwendung der bewilligten Steuern kann hier ohnehin keine Frage entstehen.— Bey Territorialsteuern aber ist der landständische Konsens und Rath nothwendig bey den Fragen:

- 1) Wie viele Steuern erhoben werden sollen,
- 2) auf welche Art sie zu erheben sind, und
- 3) wie sie verwendet werden sollen.

Immer ist bey Steuern der Landesherr an den Konsens der Landstände gebunden.

Das nämliche Verhältniß gilt auch bey Landes- schulden, weil diese im Grunde auch Steuern sind, welche aber nur aus Nothwendigkeit oder wegen

anderer auſſerordentlicher Zufälle früher, als gewöhnlich, erhoben zu werden pflegen, und ich habe daher nicht nöthig, ſie abgeſondert zu behandeln. Nur den Wunsch muß ich beyfügen, daß man ja, wenn doch Schulden gemacht werden müſſen, auch für ihre Heimzahlung ſorge, und daß folglich auf der Stelle ein Fond zur Beſtreitung der Zinſen und des Kapitals ausgemittelt werde, damit nicht die Nachkommen unverſchuldet die Sünden der Voreltern zu büſſen haben.

§. 24.

Von der landſtändiſchen Konkurrenz bey Landesveräußerungen.

Die Landeshoheit oder das Recht, über ein teutſches Reichsland zu regieren, iſt ein Eigenthum der regierenden Familie, und kann daher von ihr verkauft und vertauſcht, oder durch andere Vergleichsverträge abgetreten werden, wie die vielen in Teutſchland geſchehenen Ländertheilungen, Tausch und Verkauf derſelben zur Genüge beweifen. *) Nur kommt die Eigenschaft des Landes noch in Betrachtung, worauf die zu veräußernde Landeshoheit haftet.

1) Iſt daſſelbe ein allodiales Eigenthum, ſo kann es von dem jedesmaligen Beſitzer ohne Widerſpruch veräußert werden.

*) Entgegen Poſſe, über das Einwilligungsrecht teutſcher Unterthanen in Landesveräußerungen. Jena 1786. 8.

Mit der Uebertragung des Landes geht auch das Recht, dasselbe zu regieren, auf den neuen Akquirenten über, weil die Landeshoheit auf dem Lande haftet, und mit demselben das Eigenthum des Besitzers wird. Ein Widerspruch von Seiten der Agnaten kann nur dann als wirksam angesehen werden, wenn diesen allodialen Besitzungen eine fideikommissarische Eigenschaft anklebt.

2) Ist aber das zu veräußernde Land ein Lehen, so wird die Einwilligung des Lehensherrn und der Lehensnachfolger vorausgesetzt; außer der neue Erwerber stünde in einer Anwartschaft, Eventualbelehnung oder Erbverbrüderung mit dem letzten Besitzer. Die Kurfürsten hingegen können unbedingt von Jedermann Länder und Güter im Reiche erwerben.*)

Die Einwilligung der Landstände, wenn sie nicht durch Verträge als nothwendig erklärt ist, wird zu Landesveräußerungen nie erfordert, weil das Regierungsrecht nach der teutschen Verfassung den fürstlichen Häusern eigenthümlich zusteht, und hiemit die Disposition über das Land schon verbunden ist, obschon nicht zu läugnen ist, daß dieselbe durch Verträge dahin eingeschränkt werden kann, daß ohne landständischen Konsens keine Veräußerung Gültigkeit haben soll; weil das Privateigenthum der Willkür seines Besitzers unterliegt.

*) Goldene Bulle Kap. X. §. 3. — Vergleiche Reuss Staatskanzley XI Th. S. 377. XII Th. S. 193. XIII Th. S. 195. XIV Th. S. 100.

§. 25.

*Ueber das Einwilligungsrecht der teutschen Landstände bey Ver-
äußerung und Verschuldung der landesherrlichen
Kammergüter.*

Die Geschichte belehrt uns, daß die teutschen Reichsstände, ehe das Besteuern der Unterthanen Sitte war, alle öffentlichen und Privatausgaben blos von den Erträgnissen ihrer Kammergüter bestreiten mußten, und daß in der Folge, als sich diese Abgaben vermehrten, die Unterthanen nur den Ueberschuß, was die Kammergüter nicht mehr zu tragen im Stande waren, über sich zu nehmen ersucht wurden. Allgemeine Steuerfreyheit war Grundsatz der damaligen Verfassung, und was die Fürsten nicht mehr bezahlen konnten, leisteten die Unterthanen nur aus freyem Willen und auf vielfältiges Erfuchen derselben. Diese Gewohnheit erhielt sich auch noch da, als die Reichsgesetze selbst den Unterthanen gewisse Steuern schon zur Pflicht gemacht hatten. Diefs erhellet zu Genüge daraus, daß alle Reichsgesetze, welche über das Besteuerungsrecht der Fürsten entscheiden, nur von einem *Beytrage* der Unterthanen sprechen. „Sie sollen ihren Landesfürsten mit *hülfflichem Beytrage* gehorsammlich an Hand gehen,“ sagt sogar noch der Reichsabschied vom Jahre 1654. §. 180., wo doch Steuern zu geben, in ganz Teutschland schon zur Alletagsfache geworden war. Wenn daher die Steuern der Unterthanen sogar von reichswegen nur als ein Beytrag angesehen wurden: so ist die Wahrheit des Satzes bis zur Evidenz erwiesen, daß Kammergüter die Hauptquelle waren, woraus

der Landesherr seine Ausgaben zu bestreiten hatte. Auf diese Art wurden also die landesherrlichen Kammergüter gleichsam zum Staatsfond eingeweiht, worauf die Nation unwidersprechliche Rechte hat, und die folglich ohne Einwilligung derselben nicht können veräußert werden, weil sie sonst alle Staatslasten zu tragen hätte, indem sie doch nach den Reichsgesetzen nur zu einem *hülfflichen Beytrage* verpflichtet ist. Wie also die Reichsgewalt den Konsens der Landstände zu Steuererhebungen für nothwendig erklärte, so hat sie aus dem nämlichen Grunde auch schon die Unveräußerlichkeit der Kammergüter wegen ihrer Bestimmung ausgesprochen, und die Nation oder an ihrer Stelle die Landstände, welche Teutschlands Verfassung zur Beschränkung der landesherrlichen Gewalt im Namen derselben berief, haben das wohlgegründete Recht, den Veräußerungen der Kammergüter auf jedem gesetzmässigen Wege sich zu widersetzen. Der Grundsatz steht daher im teutschen Staatsrecht unwiderlegbar aufrecht:

Die teutschen Reichsstände können, ohne Bewilligung der Landstände, und in Ländern, wo keine Landstände existiren, der Unterthanen, ihre Kammergüter zum Nachtheil des Landes nicht veräußern. *)

Der nämliche Grundsatz, den ich wegen Veräußerung der Kammergüter aufstellte, gilt auch als Norm bey Verschuldung derselben; denn Verschul-

*) (Florencourt) Etwas über die Natur, die Veräußerung und Verschuldung der Kammergüter teutscher weltlicher Reichsstände. Helmstädt 1795. 8. S. 56.

dungen sind theilweise Alienationen, und wer zu einem nicht berechtigt ist, kann der auf das Andere Ansprüche machen? — Wie die Landstände das Recht und die Pflicht haben, die Erhaltung landesherrlicher Kammergüter zu besorgen, so sind sie auch befugt, jeder Verschwendung oder wenigstens Verringerung der Einkünfte aus denselben sich zu widersetzen und einen Vorgenuss der Güter zu verhindern, auf deren ganzes Erträgnis die Zukunft, wie die Gegenwart, die gegründetsten Ansprüche hat.

Die Konkurrenz der Landstände bey Veräußerung und Verschuldung der landesherrlichen Kammergüter ist also im Geiste der teutschen Verfassung gegründet.

Doch bitte ich, die Unveräußerlichkeit der Kammergüter nicht in so strengem Sinne zu nehmen, daß dem Landesherrn nicht einmal erlaubt sey, auch die geringste Aenderung vorzunehmen, selbst wenn sie zum Nutzen derselben gereichte. Das wäre widersinnig! Kammergüter sollen ein stehendes Kapital bilden, das immer seine gewissen Zinsen abwirft. Kann das Kapital oder die Zinsen mit Vortheil durch Verkauf, Tausch, Verpachtung etc. erhöht werden, warum sollte das nicht geschehen dürfen? Nur der Verlust des Kapitals soll verhindert werden, und so lange dieser nicht zu befürchten ist, kann jede Veränderung Statt finden. Für Nachtheil haben die Landstände zu wachen.

§. 26.

Von der landständischen Konkurrenz bey Religionsangelegenheiten.

Die Religion verdient in einem Staate die ganze Aufmerksamkeit des Regenten. Ihr Einfluß auf die

Bürger kann die wohlthätigsten Folgen hervorbringen; denn wo bürgerliche Gesetze schon lange ihre Thätigkeit verloren, da wirkt sie noch mit Kraft und schafft den rechtlichen Bürger auch noch zum guten um. Das erkannten weise Regierungen von jeher, und sorgten dafür, daß diese wohlthätigen Wirkungen nicht von Schwärmern gemißbraucht, sondern zum Besten des Staates angewandt würden. *) Daher schreibt sich auch das Hoheitsrecht des Landesherrn über die Kirche (*Ius circa sacra*), welches das Recht der Obergerichtsbarkeit (*Ius supremæ inspectionis*), die Schutz- und Schirmgerechtigkeit (*Ius supremæ advocatiæ*) und das Reformationsrecht (*Ius reformati- di*) in sich begreift. **)

Daß die ersten beiden Rechte dem Landesherrn allein zustehen, resultirt schon aus dem Begriffe der höchsten Gewalt, worinn auch die Befugniß liegt, alle Mittel anzuwenden, daß die kirchliche Gesellschaft nicht zum Nachtheile des Staates ausarte, ***) und aus klaren positiven Gesetzen.

*) K. I. Wedekind, die Aufnahme neuer Kirchen im Staate überhaupt und der protestantischen in Baiern insbesondere, nach Grundsätzen des allgemeinen Staatsrechtes, des gemeinen teutschen und des baierischen Territorial - Staatsrechts gewürdigt. Göttingen 1803. 8. §. 8.

**) Frank, Grundbetrachtungen über Staat und Kirche nach natürlichen Rechtsätzen mit Anwendung auf Teutschland. Mainz 1784. 8. §. 14.

***) Wedekind a. a. O. S. 49. u. f.

„Omnes et singuli electores, principes et status imperii — libero iuris territorialis, tam in ecclesiasticis, quam in politicis exercitio — stabiliti firmatique sunt, ut a nullo unquam sub quocunque praetextu de facto turbari possint vel debeant. *)

Ferner

„Conventum est, hoc idem porro quoque ab utriusque religionis statibus observari nullique statui immediato ius, quod ipsi ratione territorii et superioritatis in negotio religionis competit, impediri oportere;“**) und

„Wir wollen weder denen Reichsgerichten, noch sonst Iemand, wer er auch seye, gestatten, daß denen Ständen, in ihren Territoriis in Religions — — Sachen sub quocunque praetextu vor- oder eingegriffen werde.“***)

In diesen Fällen ist also der Landesherr an den Konsens der Landstände nicht gebunden; aber bey dem Reformationsrechte nehmen einige eine landständische Konkurrenz an, wir müssen also untersuchen, ob diese Behauptung Grund habe. —

Das Reformationsrecht (Ius reformandi) ist nach dem Sinne des westphälischen Friedens Art. V. §. 30. und 31. der Innbegriff der Rechte, welche dem Lan-

*) Instr. pac. Osn. Art. VIII. §. 1.

**) Instr. pac. Osn. Art. V. §. 30.

***) Wahlkap. Art. I. §. 8.

desherrn über die Ausübung einer andern Religion zukommen, doch so, daß die Unterthanen, welche in dem Entscheidungsjahre (1. Jan. 1624.) eine öffentliche oder Privatausübung ihrer Religion befaßen, dabey nicht beeinträchtigt werden sollen.

Wenn daher der Landesherr in einem Orte oder im ganzen Lande eine neue Religion einführen, oder eine vorherbestandene aufheben will, wodurch der normalmäßige Besitzstand der Religionsübung verändert wird, so ist das nur durch eine Uebereinkunft mit den Unterthanen eines jeden Ortes möglich; denn nur sie sind die einzigen und wahren Paciscenten. *)

Die Landstände und ihre Anhänger sehen aber die Sache aus einem andern Gesichtspunkte an. Sie sagen: Alle Religionsverwandte eines Landes bilden eine moralische Person; so viele Religionen im Lande sind, so viele moralische Personen existiren. Am Interesse der Einzelnen hängt das allgemeine Interesse aller Religionsgenossen. Sie (die Landstände) wären die Repräsentanten davon, also auch allein berechtigt, bey Veränderung der normalmäßigen Religionsübung an einem Orte statt der Einwohner desselben mit dem Regenten zu unterhandeln. Allein

1) das osnabrückische Friedensinstrument räumt dem Landesherrn das Reformationsrecht ohne alle

*) Gönner, über Veränderungen der Religionsübung gegen den Zustand des Normaljahres. Zweyte vermehrte Auflage. Landshut 1802. 8. §. 14 — 18.

Beschränkung ein, und nirgends, wo von Verträgen über das Religionswesen eine Meldung geschieht, ist der Landstände auch nur mit einer Sylbe erwähnt. *)

2) Auch sind die Prämissen dieses Schlusses ganz falsch; denn die Religionsverwandten eines Landes machen keine moralische Person aus. Immer ist de iure singulorum die Rede, und nur die Unterthanen und der Landesherr werden als kompacificirende Theile genannt. Ferner hat das Friedensinstrument bey Festsetzung des Normaljahres nicht ohne Grund den Ausdruck: „Subditi cuiuscunque generis“ **) gewählt, und dadurch unumstößlich dargethan, daß von einer landständischen Repräsentation kein Gebrauch gemacht werden könne. Die Landstände sind wohl als Unterthanen, nicht aber in ihrer landständischen Eigenschaft unter diesem Ausdrücke begriffen. Selbst in dem Falle, wenn die Religionsübung im ganzen Lande einer Veränderung unterläge, können die Landstände auf keine Repräsentation sich berufen. Es bleibt immer das oben gezeichnete Verhältniß; denn die Veränderung trifft allemal nur die Rechte der einzelnen Unterthanen eines jeden Ortes.

3) Am unglücklichsten scheinen mir die Landstände daran zu seyn, wenn sie das landesherrliche Reformationsrecht als einen Akt der Gesetzgebung ansehen, und aus diesem Grunde eine Konkurrenz fodern wollen; denn abgesehen von dem, daß sie bey der Ge-

*) Instr. pac. Osn. Art. V. §. 27. 30. 31. Art. VII. §. 1.

**) Instr. pac. Osn. Art. V. §. 31.

setzung keinen Antheil haben, welches ich oben zu erweisen strebte: so scheint mir dieser Kunstgriff eine sichtbare Verdrehung, hinter welcher ein zahlloses Heer unedler Absichten sein Unwesen treiben will. *)

Die Landstände können also auf eine Konkurrenz bey Religionsangelegenheiten keinen Anspruch machen. —

Ich habe nun die landesherrlichen Gerechtsame aufgezählt und untersucht, bey welchen die Landstände eine Konkurrenz mit Grunde zu fodern berechtigt seyen. Das Resultat davon gieng dahin, daß die Reichsgewalt nur bey Steuerhebungen, Kontrahirung der Landesschulden und bey Veräußerung und Verschuldung der landesherrlichen Kammergüter ihren Konsens als nothwendig erkläre. Indessen ist es immer noch möglich, daß ein Landesherr durch Reversalien, Landtagsabschiede, Landesgesetze, Haus- und Landesverträge etc. sich verbinden könne, das Land nach den Reichs- und Territorialgrundgesetzen zu regieren, die Rechte der Landstände (wenn sie nicht Unrechte sind) und Unterthanen nicht zu verletzen, und in alle möglichen Beschränkungen seiner Willkür zum Besten des Landes einzuwilligen. Aber nie dürfen diese Verträge oder Landeskompaktaten das Wesentliche und Reichsgesetzmäßige der Landeshoheit vernichten oder einschränken; nie dürfen die Gerechtsame des Kaisers und Reiches darunter leiden, oder eine Beeinträchtigung

*) Vergleiche Wedekind a. a. O. 3. Hauptstück.

des Regierungsnachfolgers in seinen Hoheitsrechten dadurch erzielt werden. *)

Indessen gehört die ausführlichere Behandlung dieser Verträge mehr in das Partikular-Staatsrecht eines jeden Reichslandes, als hieher.

*) Ickstadt, de eo, quod iustum est circa literas reversales principum et statuum imperii R. G. Ingolstadt 1759. sagt §. 26. „Pro regula universali tenendum, compactata et per consequens literas reversales, quibus princeps statibus provincialibus exactam legum imperii et territorii fundamentalium custodiam pollicetur et conventum, quo actus exercitii speciales iurium superioritatis modum aliaque legitime impetrata iura et privilegia facta tecta se servaturum spondet, pro iustis, licitis et validis, ac pro re nata ad haeredes etiam et successores transitoriis habendas esse:“ und §. 27. „Compactata atque literas reversales qualescunque, quibus principes et status imperii contra leges imperii publicas, in praeiudicium fidei, quam imperatori et imperio debent, sese obstringunt, quibusque de iuribus territorialibus et regalibus contra feudorum imperii leges, cum praeiudiciis haeredum et successorum, eadem alienando statibus provincialibus et subditis communicando aut deteriorando et minuendo paciscuntur, quae denique labe iniustitiae aut defectu consensus legitimi sive ex parte voluntatis, sive ex parte intellectus, pro irritis invalidis nulliusque roboris reputandas esse.“ Vergleiche auch desselben: Vindiciae territorialis potestatis adversus capitulationum, compactatorum et literarum reversalium abusus in imperii R. G. principatibus passim inolefcentes. Monachii et Ingolstadii 1759.— und Barthel de iustis pactorum inter dominos territoriales eorumque status provinciales et subditos limitibus. Wirzeburgi 1771.

Hieraus lassen sich, wie ich dafür halte, alle Fragen, welche in Hinsicht der landständischen Konkurrenz entstehen können, befriedigend lösen, und ich glaube hiemit das Verhältniß zwischen Landesherrn und Landständen hinlänglich gezeichnet zu haben.

§. 27.

C) Die teutschen Landstände im Verhältnisse zur Nation.

Die teutschen Landstände handeln im Namen der Nation und verbinden dieselbe in so weit, als ihre Handlungen mit der landständischen Gewalt übereinstimmen. Innerhalb dieser Sphäre sind sie wahre Repräsentanten des Landes, und haben die Befugniß, den gesammten Bewohnern desselben Verbindlichkeiten aufzulegen und Rechte für sie zu erwerben. *) Die Beschlüsse, welche sie in dieser Hinsicht über gemeinschaftliche Angelegenheiten und Bedürfnisse mit dem Landesherrn abfassen, haben die Kraft und Verbindlichkeit gerade so, als hätte jeder Landeseingeborne persönlich eingewilliget.

Aber auch das Recht der Petition haben die Landstände, das heißt: Sie sind Fürsprecher des Landes, und können unaufgefordert Vorstellungen und Rathschläge dem Landesherrn überreichen, um wahrscheinlichen oder wirklichen Schaden und Nachtheil von dem Lande zu entfernen. Werden sie von Seite des Landesherrn nicht erhört, so können sie selbst bey den

*) Moser von der Reichsstände Landen etc. S. 716. — und Polle über das Staatseigenthum etc. S. 211.

Reichsgerichten auf Abstellung ihrer Besorgnisse oder Beschwerden dringen. *)

Auch die Unterthanen können die Landstände um ihre Unterstützung und Fürsprache bey dem Landesherrn anrufen, damit sie demselben ihre Klagen vorbringen, mit Rathschlägen zum Besten oder zur Wohlfahrt des Landes an die Hand gehen, und so ihre Bestimmung als Geschäftsführer (negotiorum gestores) der Unterthanen getreulich erfüllen. **)

II. Rechte der teutschen Landstände und im Gegensatze ihre Verbindlichkeiten.

A) Rechte derselben.

Ich habe den wichtigsten Theil der landständischen Gerechtsame schon im Verlaufe der Behandlung erörtert, und darf sie also nur des Systemes wegen hier berühren.

Die Landstände haben das Recht

- 1) bey Steuererhebungen zu konkurriren. Sie müssen
- 2) bey Kontrahirung der Landesschulden,
- 3) bey Veräußerung und Verschuldung der landesherrlichen Kammergüter um ihre Einwilligung gefragt werden, und haben eben so auch:

*) Wiezum Beyspiele die Kurtrierischen Landstände mit Recht ganz diesen Weg einschlugen und nach fruchtlosen Bitten bey dem Reichskammergericht um ein Mandatum de obducendo milite gallico gegen ihren Landesherrn nachsuchten. Häberlin's Staatsarchiv 3 H. S. 314. 4 H. S. 397. — auch Fabers neue Staatskanzley XIV Th. S. 105.

**) Faber's alte Staatskanzley VI Th. S. 418. — Neue Staatskanzley XIV Th. S. 100. 137.

4) das Recht der Petition.

Aber auſſer dieſen allgemeinen Befugniffen haben ſie auch noch die Rechte

- 5) einer im Staate genehmigten Geſellſchaft (Corporis liciti), ſo weit dieſelben nicht durch Reichs- und Territorialgeſetze aufgehoben oder beſchränkt ſind.

Wir müſſen ſie alſo einer nähern Unterſuchung unterwerfen, um darüber in's Reine zu kommen.

Unter die kollegialiſchen Rechte gehören:

- a) *Das Recht der Zusammenkünfte ohne Einwilligung des Landesherrn.*

Dieſe Befugniß iſt den Landſtänden in der Wahlkapitulation mit den dürren Worten abgeſprochen:

„Auch nicht gutheißen, noch zugeben, daß die Landſtände die Diſpoſition über die Landſteuer — — — mit Ausſchließung des Landesherrn privative vor- und an ſich ziehen, oder in dergleichen und andern Sachen ohne deren Landesfürſten Vorwiſſen und Bewilligung Konventen anſtellen und halten.“*)

Häberlin **) glaubt zwar, es könne ſich dieſes Geſetz nicht auf alle Privatkonvente durchaus erſtrecken, weil ſonſt die Landſtände in manchen Ländern übel daran ſeyn würden, indem der Fürſt und ſeine Miniſter nichts unlieber ſehen, als dergleichen Verſammlungen, weil ſie wohl wiſſen, daß es dann an

*) Wahlkap. Art. XV. §. 3.

**) Handbuch des teutſchen Staatsrechts. 2 B. S. 55. u. f.

gehorfamsten Anbringen aller Art nicht fehlen werde. Er meint, die Absicht der Wahlkapitulation gehe nur dahin, die besondern Zusammenkünfte der Landstände in Rücksicht auf die privative Behandlung der Landsteuern zu verbieten.

Allein ich kann dieser Meinung aus folgenden Gründen nicht beypflichten :

1) Der klare Sinn der Stelle aus der Wahlkapitulation ist dieser: In mehreren teutschen Reichsländern haben die Landstände die privative Disposition, Empfang, Ausgabetc. über die Landsteuern mit Ausschluss des Landesherrn, *und stellen in dergleichen* (die Landsteuern betreffenden) *und andern Sachen* ohne Vorwissen und Bewilligung ihrer Landesfürsten Konvente oder besondere Zusammenkünfte an. Diess will nun der Kaiser kraft der ihm übertragenen Reichsgewalt nicht mehr gutheissen, noch zugeben, und soll also von nun an aufgehoben seyn. Die Reichsgesetze verbieten daher die Versammlungen der Landstände nicht allein in Hinsicht der privativen Behandlung der Steuern, wie Häberlin dafür hält, sondern auch *in andern Sachen*, wie das Gesetz ausdrücklich sagt. Der Sinn der Wahlkapitulation leidet gar keine andere Interpretation; denn die Objekte sind genau getrennt und mit Sorgfalt bezeichnet.

2) Was sollte man von Zusammenkünften denken, deren Zweck und Absichten dem Staate unbekannt sind? Wer bürgt für die Folgen, welche diese Versammlungen unter dem Vorwande der gemeinschaftlichen Landesangelegenheiten nach sich ziehen?

Spricht

Spricht man doch immer davon, daß der Staat keine heimlichen Klubbs und Orden dulden könne, und was wären denn diese Versammlungen Besseres? — Wer zu viel behauptet, sagt das Sprichwort, beweiset nichts, und so geht es auch jenen, welche den Landständen das Recht einräumen wollen, ohne Vorwissen des Staats oder seines Oberhauptes Versammlungen anzustellen. Was machen sie denn auf diese Weise aus den Landständen? Es scheint, als wollten sie geflissentlich darauf hinarbeiten, um nur mit Gewissheit denselben das Vertrauen der Nation zu entziehen! — Das kann und darf doch einmal nicht zugegeben werden, und daher auch nicht die Mittel, welche diese unselige Katastrophe zur unausbleiblichen Folge hätten.

Im Geiste des oben angeführten Gesetzes liegt unverkennbar die Idee, dauerhafte Ruhe in den teutschen Reichslanden zu gründen, und daher auch jeden Schein der Möglichkeit zu vernichten, wodurch dieselbe könnte gestört werden. Versammlungen von was immer für einer Art ohne landesherrliches Vorwissen in Teutschland noch zu erlauben, war schlechterdings mit dem Systeme des Friedens unvereinbar, und mit den ersten Grundbedingungen desselben im Widerspruche.

Welche Mittel haben also die Landstände, um über gemeinschaftliche Landesangelegenheiten sich zu berathen? —

Wollen die Landstände sich über die Wohlfahrt des Landes in einer allgemeinen Versammlung berathen, so müssen sie dem Landesherrn davon eine Anzeige machen und seinen Konsens darüber einholen.

Sollte der Fürst gegen alle Erwartung ihren gerechten Forderungen nicht entsprechen (aber welcher Landesherr wird das nicht?): so können sie ihre Beschwerde darüber bey den Reichsgerichten anbringen, welche ihren Wünschen zuverlässig werden Gerechtigkeit widerfahren lassen.

Nur in dem Falle, wenn Gefahr auf dem Verzuge haftet, glaube ich, daß den Landständen das Recht, eine Versammlung zu halten, nicht abgesprochen werden könne, doch mit der Bedingung, daß sie die Ursache ihrer Zusammenkunft durch Publicität rechtfertigen, und den verweigerten Konsens des Landesherrn bey den Reichsgerichten nachholen und suppliren, oder überhaupt ihr Unternehmen ratihabiren lassen. Nach dieser Voraussetzung halte ich also die Landstände für befugt, ohne Einwilligung, aber nicht ohne Vorwissen des Landesherrn, Konvente anzustellen.

Ein gleiches Verhältniß findet auch Statt, wenn Landtage sollen gehalten werden. Nur der Landesherr hat die Befugniß, einen Landtag auszuschreiben: aber auch den Landständen kann das Recht nicht abgesprochen werden, die Ausschreibung desselben zu fordern, und wenn der Landesherr aus unstatthaften Gründen die Zusammenberufung auf einen Landtag ablehnen wollte, so können sie sich an die Reichsgerichte wenden, daß dem Landesherrn von diesen die Ausschreibung eines Landtages aufgetragen werde. *)

b) Das Recht der Landstände, Bündnisse unter sich zu schließen.

Diese Sitte des Mittelalters, welche eigentlich die Basis zur Größe der teutschen Landstände war, hob

*) Moser, von der Reichsstände Landen etc. S. 1499.

schon der allgemeine Landfriede vom Jahre 1495 auf,*) und vollends alle Spuren dieser rohen Ueberreste aus den Zeiten des Faustrechtes vertilgte noch die Wahlkapitulation Kaisers Karl des Fünften vom Jahre 1519 durch Einrückung der Stelle:

„Alle unziemliche, häßliche Verbündnissen, Verstrickungen und Zusammenthuung deren Unterthanen, wels Standes oder Würden die seyen — — — — wollen wir aufheben.“**)

Zwar wendet man ein, die Wahlkapitulation verbiete nur die unziemlichen Verbündnisse, und das Verbot treffe also nicht auch andere Verbindungen.***)

Allein abgesehen von dem, was ich so eben von der Tendenz der Reichsgesetze sagte, den Frieden in Teutschland dauerhaft zu begründen, kann man dieser Behauptung noch aus einem andern Grunde nicht beystimmen, wenn man die Sprache und den Geist des Zeitalters, worinn dieses geschrieben ward, gehörig zu verdollmetschen weifs; denn es ist eine nach den Forschungen unserer besten Archäologen allgemein anerkannte Wahrheit, dafs nach der Schreibart damaliger Zeit der Entscheidungsgrund dem Subjekte allezeit in der Form eines Prädikates oder Ad-

*) Allgemeiner Landfriede vom Jahre 1495. §. 11,

**) Wahlkap. Art. XV. §. 6.

***) Roth, Staatsrecht teutscher Reichslande. 2 Th. S. 60. n. 4. und Moser a. a. O. S. 706. der sich aber S. 707. wieder corrigirt.

jektiv beygesetzt wurde. Der Satz der Wahlkapitulation lautet daher nach dem Sprachgebrauche unserer Zeit so: Alle Verbündnisse, Verstrickungen und Zusammenthuung der Unterthanen, weil sie unziemlich und gehässig sind, wollen wir aufheben. Es kann also von bloß unziemlichen Verbindungen keine Rede mehr seyn. — Auf die nämliche Art drücken sich die damaligen Reichsgesetze von Neutralitäten aus. Sie sagen: Alle schädlichen Neutralitäten etc. das heißt: Alle Neutralitäten, weil sie schädlich sind u. s. f. Denn damals herrschte das Prinzip der Staatseinheit in Teutschland der Erfahrung nach besser, als heut zu Tage, und die Reichsgesetze hatten vor bloß schädlichen Neutralitäten nicht Ursache zu warnen.

Das Recht der Bündnisse unter sich ist also den teutschen Landständen von reichswegen verboten.

c) Das Recht einen Ausschuss zu ernennen, der in gewissen Fällen und auf unbestimmte Zeit die Geschäfte der gesammten Landstände übernimmt, fließt schon aus den kollegialischen Rechten, und steht den Landständen auch unbestreitbar zu: allein die Befugniß, einen beständigen Ausschuss zu wählen ohne landesherrliche Einwilligung, kann ihnen nicht zugestanden werden; denn dieß ist ein konstitutioneller Artikel, welcher nur auf einem Landtage, das heißt, mit Uebereinkunft des Landesherrn und der Landstände zugleich zu Stande gebracht, und folglich auch nur auf einem Landtage wieder aufgehoben werden kann. Das Geschäft des Erßtern ist ein kollegialisches, und kann von den Landständen, als einem Korpus, auf-

getragen und wieder zurück genommen werden; nicht so aber das zweyte, denn dieß betrifft die Staatsverfassung selbst, und ist unabhängig von der kollegialischen Form der Landstände. Der richtige Unterschied ist ohne weitere Erklärung einleuchtend, und auch die Wahrheit der Behauptung: daß die Mandatarien der ersten Art von den Landständen allein, die andern aber nur auf einem Landtage zur Verantwortlichkeit können gezogen werden.

d) Das Recht, neue Mitglieder aufzunehmen, oder die Anzahl derselben nach Willkür und einseitig abzuändern, gebührt den Landständen nicht. *) Neue Mitglieder zur Landstandschaft kann nur der Landesherr berufen, wie aus den Grundsätzen erhellet, welche ich seither aufstellte,

e) Das Recht eine landständische Kanzley, ein eigenes Siegel und Archiv zu haben, gehört zur Kollegialverfassung, und wird den Landständen allenthalben gestattet.

f) Konsulenten, Rentmeister, Sekretäre, Schreiber, Boten und andere nöthige Diener aufzunehmen, sind die Landstände ebenfalls befugt; doch hat der Landesherr immer das Recht, sie zu bestättigen und die Befoldung derselben zu reguliren; denn auch sie sind Staatsdiener, und bleiben immer der landesherrlichen Gewalt unterworfen.

*) Moser a. a. O. S. 656.

Schade, daß die Fürsten dieses Recht so selten oder doch wenigstens so nachlässig ausüben; denn es giebt viele Landschaften in Teutschland, wobey das Dienstpersonale und ihr Gehalt mit den übrigen Staatsdienern in einer ungeheuern Disproportion steht, und zu endlosen Klagen Anlaß giebt.

B) Verbindlichkeiten der Landstände.

Die Landstände bleiben allezeit Unterthanen ihres Landesherrn. Sie sind ihm daher stets Gehorsam und Unterthänigkeit schuldig: aber wo ihr Beruf es fodert zu sprechen, müssen sie sich der guten Sache mit Wärme und Thätigkeit annehmen und nie vergessen, daß sie der Nation für jede ihrer Handlungen verantwortlich bleiben. Beschränkung der Herrscher Gewalt bey dem Mißbrauch der Herrscherrechte und Beförderung der Landeswohlfahrt ist der Zweck ihres Daseyns, der ihnen bey allen Verhandlungen vor-schweben und das Ziel ihres Strebens seyn soll. Nicht bloß um Steuern markten, sey ihr einziges Geschäft, wenn sie mit dem Landesherrn sich über Landesangelegenheiten berathen sollen; sondern mit staatswirthschaftlichen Grundsätzen ausgerüstet, müssen sie die mannigfaltigen Rubriken der Staatsausgaben mit prüfendem Auge durchforschen: ob die Einkünfte und Ausgaben des Staates in einem verhältnismäßigen Ebenmaße gegen einander stehen, und die Verwaltungskosten nicht den größten Theil der Einkünfte verschlingen, vielleicht unter Titeln und Namen, die ein vernünftiger Staatsökonom gar nicht kennt; ob von den bestehenden Anstalten hinlängliche Sicherheit von

Innen und Aussen zu erwarten sey; ob der Befol-
dungszustand der Staatsdiener nach den wirklichen
Zeitumständen und Verhältnissen vermindert oder er-
höhet werden soll; ob Iustiz- und Landespolizey ge-
handhabt werde, der Nationalunterricht nicht da-
niederliegt, und auf welchen Wegen überhaupt Kul-
tur und Industrie den höchstmöglichen Grad von
Vollkommenheit erreichen kann u. s. w. — Wenn die
Landstände mit solchen nützlichen und patriotischen
Vorschlägen den Landesherrn unterstützen und seine
Entschlüsse durch solche weise und edle Rathschlüsse
lenken, so kann und wird ihm ihre Konkurrenz nicht
lästig, sondern höchst wünschenswerth seyn. Land-
stände dieser Art werden nie die Kränkung erfahren
müssen, dafs ihre Konkurrenz auf diese oder jene Ge-
schäfte sich nicht erstrecke, man wird ihren Beyrath
freywillig fodern, weil Kenntnisse und Vaterlandsliebe
ihn leiten. — —

Die vorzüglichste Sorge der Landstände sey, Steu-
ern nur nach dem Erfodernifs des Staatszweckes zu
bewilligen, und nicht nach dem, was der Bürger auf-
zubringen und zu geben im Stande ist; denn heilig
mufs ihnen das Eigenthum der Nation seyn. Sie dür-
fen keine unnöthigen Steuern bewilligen und keine
nothwendigen abschlagen. Das Bedürfnifs des Staa-
tes mufs der Maasstab ihrer Bewilligung seyn, und
für die richtige Verwendung der erhobenen Steuern
müssen sie die gewissenhafteste Sorge tragen, und je-
der zwecklosen Zersplitterung derselben mit aller
Macht vorbeugen. Wenn der Landesherr und seine
Landstände auf diese Art über des Landes Wohlfahrt

wachen, und nie die wechselseitigen Gränzen ihrer Befugnisse nach dem Geiste der teutschen Reichsverfassung mit einem Fußtritt überschreiten, so ist das große Werk: *Verein der Fürsten und Stände zur allgemeinen Nationalbeglückung vollendet.*

Sätze aus der Rechtswissenschaft

mit

einer Abhandlung

über

den Ursprung

und das rechtliche

Verhältniß der Landstände

in

Deutschland,

zur

Erlangung der Licentiatenwürde

mit Bewilligung

der kurfürstlichen Iuristenfakultät

unter

dem Voritze

des

Herrn Hofraths und Professors

Dr. F. X. Krüll

zur

öffentlichen Prüfung vorgelegt

von

Karl Ioseph Hartmann,

von Bonnholz in der Neupfalz, der Rechte Kandidaten.

Landshut den 27ten December 1803.

— 0 —

I.

R e c h t s w i s s e n s c h a f t.

A. Reine.

a) Vernunftrecht.

- 1) Kauf bricht die Miethe nicht.

b) Allgemeines Staatsrecht.

- 2) Der Zweck des bürgerlichen Vereins ist Realisirung des höchsten Socialgesetzes durch Zwang, oder Wirklichmachung des möglichen Friedenszustandes unter Vernünftigen Wesen, die als physische Kräfte unter dem Gesetze gegenseitiger Einwirkung, folglich in einem natürlichen Kriegszustande stehen.
- 3) Der Vernunftstaat verwirft den Unterschied der Stände nicht durchaus, will ihn aber nicht durch den Zufall der Geburt, noch durch die Willkür des Staatsoberhauptes, sondern durch den erreichten höhern Grad der moralischen Mündigkeit der Person bestimmt wissen.
- 4) Unpartheyische Justizpflege ist nur in jenem Staate möglich, wo ächte Begriffe von Freyheit und Gleichheit der Bürger herrschen.

c) Völkerrecht.

- 5) Die Exterritorialität der Gesandten und die ihnen zustehende Freyheit von allen Abgaben haben ihren Grund nicht bloß in positiven Gesetzen, sondern in der Vernunft selbst.

B. Positive.

I. Theoretische.

1) Reine positive.

a) Die Verhältnisse der einzelnen Bürger betreffende.

aa) Privatrecht.

α) Römisches.

6) In einem Schaltjahre ist nach L. 98. D. de verb. Signif. allezeit der 24ste Februar der Schalttag, nicht aber, wie Schmidt in Würzburg glaubt, der 29ste Februar. Diejenigen, welche am 29sten Februar in einem Schaltjahre geboren sind, haben in einem gemeinen Jahre ihren Geburtstag am 28sten Februar.

7) Die Rechtsparömie: *casum sentit Dominus*, ist unbestimmt, und in mehreren Fällen unzureichend.

8) Das Auspielgeschäft enthält einen doppelten Vertrag:

a) Des Auspielers mit dem Spielenden, und

b) der Spielenden unter sich.

Der zufällige Untergang des Spielobjektes trifft also nicht den Auspieler, sondern die Spielenden.

β) Teutsches.

9) Thatinfamie (*Infamia facti*) gehört unter die Volkslagen, mit Unrecht legt man ihr nachtheilige Folgen bey.

10) Nicht der Leibzüchter (Austräger), sondern der Gutsübernehmer trägt die auf dem Grunde haftenden Lasten.

γ) Bairisches.

11) Der Satz im bairischen Civilkodex: Die Schaarwerke sind ein *Effectus Iurisdictionis bassae*, und im Zweifel steht die Vermuthung allezeit gegen den Schaarwerkspflichtigen, ist gegen die Geschichte und das teutsche Recht, und hat Baierns Industrie mächtig da-niedergebeugt.

- 12) Söhnen der Staatsdiener wird die Siegelmäßigkeit ihrer Väter nicht zu Theil.

b) Öffentliche Verhältnisse betreffende.

aa) Die Verfassung des Staates.

α) Staatsrecht.

αα) Teutsches.

- 13) Teutschland ist Ein Staat, und wenn dieser Grundsatz in der Erfahrung nicht allgemein geltend gefunden wird: so liegt die Ursache davon nicht in der Unrichtigkeit desselben, sondern in der Schwäche unserer exekutiven Macht, und in den vermoderten Fugen des teutschen Reichsverbandes.
- 14) Nach diesem Grundsatz fällt die Gültigkeit des bekannten Fridericianischen Privilegiums für Oesterreich und die Behauptung einer Exemption verschiedener Reichsstände von den Reichsvikariaten von selbst zusammen.
- 15) Der Maasstaab bey Steuererhebungen ist das Bedürfnis des Staates, gleichviel, ob sie von reichswegen, oder zum Besten eines Reichslandes gefodert werden. Die Landstände konkurriren bey den Erstern nur in Hinsicht der Frage: Wie sie zu erheben sind, wenn kein regulirter Steuerfuß im Lande eingeführt ist? — Bey den Leztern aber in Hinsicht der Fragen: Wie viel Steuern erhoben werden sollen? — Wie (wenn kein Steuerregulativ vorhanden ist)? — Und auf welche Art sie verwendet werden sollen? —

ββ) Bairisches.

- 16) Die Frage: Ob die Landstände bey einer allgemeinen Steuerperäquation konkurriren, muß aus der Bestimmung der Landstände und dem Zwecke einer Steuerperaequation beantwortet werden.

— 0 —

17) Die nämlichen Grundsätze gelten auch bey Mauthverordnungen.

bb) Das Verwaltungsrecht des Staates.

Peinliches Recht.

18) Die Grundzüge der peinlichen Rechtsverfassung in einem ausgebildeten Staate sind:

a) Es giebt nur ein Recht zu strafen, weil, und insofern es eine Verbindlichkeit zu strafen giebt.

b) Die richterliche Gewalt ist durch eine ewige Scheidewand von der vollziehenden und von der gesetzgebenden getrennt.

c) Keine Staatsgewalt kann den überwiesenen Verbrecher von der gesetzlichen Strafe befreyen.

d) Genau gefondert ist:

aa) Das Amt des Richters und das Amt der Polizey;

bb) Die Funktion des Untersuchenden, und die Funktion des erkennenden Richters;

cc) Das, was der gesunde Menschenverstand über die Existenz und Imputativität der That (wohleingerichtete Jury), und was der gelehrte Kenner der Gesetze über die Strafwürdigkeit derselben nach den Gesetzen zu entscheiden hat.

2) *Gemischte positive.*

a) *Kirchenrecht.*

19) Jeder Bischof muß von dem Landesherrn, in dessen Territorium seine Diöces sich erstreckt, bestätigt werden.

- 20) Dem Landesherrn, welcher säkularisirte Klöster zur Entschädigung erhalten hat, gehören auch die Güter, welche diese Klöster in fremden Territorien hatten.
- 21) Ein teutscher Landesherr kann in Hinsicht religiöser Toleranz an keine Reversalen seiner Vorfahren gebunden werden.
- 22) Die im westphälischen Frieden gegründete Religionsgleichheit kann auch ohne arithmetische Stimmenparität auf dem Reichstage sehr wohl bestehen.

b) Lehenrecht.

- 23) Nur vorsätzliche Verletzung der Lehenstreue bringt den Verlust des Lehens mit sich.

II. Praktische.

1) In Ansehung der Privatgeschäfte.

aa) Gemeiner teutscher Process.

α) Bürgerlicher.

- 24) In bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten werden veräußerliche Rechte vorausgesetzt, und hierin liegt der Grund, warum es in denselben kein Verfahren von rechtswegen gebe. Jede richterliche Thätigkeit ist bedingt durch die Klage. Ist aber diese einmal angebracht, so kann die Untersuchung auf doppeltem Wege geschehen:
- a) durch die Untersuchung des Richters — Die Basis der preussischen Gerichtsordnung; oder
- b) durch die Verhandlung der Partheyen — Die Basis des gemeinen teutschen bürgerlichen Processes.
- 25) Dilatorische Vorladungen führen zu unnützen Prozessverzögerungen, die unnöthigen Kosten- und Zeitaufwand verursachen. Man setze lieber den Termin zur

— 0 —

Erscheinung gleich soweit hinaus, als man ungefähr berechnen kann, daß es nöthig seyn werde.

26) Es giebt keine Principalintervention.

β) Peinlicher.

27) Der reine Inquisitionsproceß ist höchst gefährlich, und daher in einer peinlichen Proceßordnung sehr zu beschränken.

28) Das Gefängniß des Angeeschuldigten zu verschärfen, wenn die Anzeigen steigen, ist eine vernunft- und gesetzwidrige Praxis.

bb) Bairischer.

29) Es ist eine falsche Anslegung, wenn man die Termine für Replik und Duplik als von amtswegen präklusive Termine ausruft.

30) Zwistigkeiten über die Kultur der Gemeinplätze als Justizsache behandeln, ist zweckwidrige Verwechselung der Justiz- und Staatspolizeygewalt.

2) In Ansehung der öffentlichen Geschäfte.

Reichsgerichtsproceß.

31) Die Ordinationen der Reichsgerichte verpflichten nicht zur Folgeleistung, sondern haben nur den Zweck, die Abstellung einer vorgebrachten Beschwerde durch eine sachdienliche Verordnung zu bewirken. Werden sie nicht befolgt, so müssen die gebetenen Prozesse erkannt werden.

II.

S t a a t s w i s s e n s c h a f t.

Insbesondere Staatswirthschaft.

- 32) Das von Smith aufgestellte Oekonomie - Industriesystem ist in Staaten, wo man nach vernunftgemessenen Grundsätzen regieren will, unter den bisher bekannten das einzig anwendbare.
- 33) Die Basis alles Nationalwohlstandes beruht auf der proportionirten Vertheilung des Nationalreichthums.
- 34) Die Existenz des Staates, der seine Macht und Erhaltung auf Emphyteus, Kapitalisten oder den Reichthum einzelner Individuen gründet, ist prekär. Bürgerliche Freyheit, Kultur und uneingeschränkte Benützung des Eigenthums sind die dauerhafteste Stütze des Staates und die Grundlage seines Wohlstandes.
-

I n a u g u r a l f r a g e n.

- I. Praeses beantwortet die Frage: Welches sind die ersten Forderungen an den Staat bey dem Entwurf eines rechtlich - bürgerlichen Gesetzbuches?
- II. Defendent beantwortet die Frage: Wie sind Advokaten am zweckmässigsten zu organisiren?
-

Hartmann, Carl Joseph

Ueber den Ursprung und das rechtliche Verhältniß der Landstände in
Teutschland

Nürnberg 1805

Bibl.Mont. 4667

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10979881-0